

JAKOB GLEIM

Letztwillige Schiedsverfügungen

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

439

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

439

Herausgegeben vom
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Holger Fleischer, Ralf Michaels und Reinhard Zimmermann



Jakob Gleim

Letztwillige Schiedsverfügungen

Geltungsgrund und Geltungsgrenzen

Mohr Siebeck

Jakob Gleim, geboren 1987; Studium der Rechtswissenschaft in Freiburg i.Br. und Genf; Wissenschaftlicher Assistent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg; 2017 Forschungsaufenthalt an der Harvard Law School; 2019 Promotion an der Bucerius Law School; seit 2019 Richter in Hamburg.

ISBN 978-3-16-159285-0 / eISBN 978-3-16-159286-7
DOI 10.1628/978-3-16-159286-7

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441
(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädle in Nehren gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Diese Arbeit ist während meiner Zeit als wissenschaftlicher Assistent am Hamburger Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht entstanden und von der Bucerius Law School als Dissertation angenommen worden. Die mündliche Prüfung fand am 29. Oktober 2019 statt. Die Arbeit befindet sich im Wesentlichen auf dem Stand ihrer Einreichung im Juni 2019; einzelne danach erschienene Aufsätze konnten bis November 2019 berücksichtigt werden.

Sehr herzlich danken möchte ich Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Zimmermann, der diese Arbeit betreut und mich dabei in jeder Hinsicht unterstützt und gefördert hat – weit über das hinaus, was man selbst vom engagiertesten Doktorvater erwarten darf. Großen Dank schulde ich auch Herrn Professor Dr. Alexander Bruns, LL.M. (Duke Univ.), der nicht nur das Zweitgutachten in Rekordzeit erstellt hat, sondern auch meine Begeisterung für das Prozessrecht geweckt hat, als ich studentische Hilfskraft an seinem Freiburger Lehrstuhl war.

Herzlich bedanken möchte ich mich bei Herrn Professor Robert H. Sitkoff, der mich während meines Forschungsaufenthalts an der Harvard Law School im Herbstsemester 2017 betreut und bereitwillig meine Fragen zum US-amerikanischen Recht beantwortet hat. Auch der Studienstiftung des deutschen Volkes, die mich mit einem Promotionsstipendium in finanzieller und ideeller Hinsicht gefördert hat, bin ich zu Dank verpflichtet.

Ich habe das große Glück, dass mich viele Freunde während meiner Promotionszeit mit scharfsinniger Kritik und geduldigem Zuspruch unterstützt haben. Besonders erwähnen möchte ich Konrad Duden, Eike Hosemann, Andreas Humm, Alexander Ruckteschler, Jan Peter Schmidt, Jennifer Trinks und Denise Wiedemann. Saskia Merle, Christoph Schoppe und Vincent Wächter haben Teile meines Manuskripts Korrektur gelesen und wertvolle Anmerkungen gemacht. Unermüdlich Korrektur gelesen haben auch meine Eltern, Christine Spiess und Bernhard Gleim, wofür ich sehr dankbar bin.

Mehr, als ich es in einem Vorwort auszudrücken vermag, habe ich schließlich meiner Freundin Mika Kremer zu danken. Ohne sie hätte ich diese Arbeit womöglich im Übermut begonnen, aber nie beendet.

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	V
Inhaltsverzeichnis.....	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung.....	1
A. Rechtspraktische Bedeutung letztwilliger Schiedsverfügungen	3
B. Vor- und Nachteile letztwillig verfügbarer Schiedsverfahren	5
C. Terminologie	11
D. Methodik und Gang der Untersuchung.....	13
Kapitel 1 – Geschichte und Regelungsgehalt von § 1066 ZPO.....	15
A. Geschichte der letztwilligen Schiedsverfügung	16
B. Regelungsgehalt des § 1066 ZPO nach geltendem Recht	36
C. Zwischenergebnis	57
Kapitel 2 – Einseitige Schiedsverfügungen in den USA.....	59
A. Terminologie des US-amerikanischen Erb- und Trustrechts.....	59
B. Rechtshistorische Entwicklung	60
C. Grundstrukturen des Erb-, Trust- und Schiedsverfahrensrechts	64
D. Geltungsgrund und Geltungsgrenzen einseitiger Schiedsverfügungen.....	78
E. Zwischenergebnis	113

Kapitel 3 – Geltungsgrund der letztwilligen Schiedsverfügung	119
A. Schiedsverfügungen im verfassungsrechtlichen Spannungsfeld	120
B. Bestimmung des Geltungsgrundes	146
C. Zwischenergebnis	165
Kapitel 4 – Reichweite der letztwillig verfügten Schiedsbindung	167
A. Primat des Wortlauts der letztwilligen Schiedsverfügung	168
B. Reichweite in persönlicher Hinsicht	168
C. Reichweite in sachlicher Hinsicht	182
D. Kompetenzspaltung und optionale Zuständigkeit des Schiedsgerichts	238
E. Reichweite der Schiedsbindung und Verwirkungsklauseln	239
F. Zwischenergebnis	242
Kapitel 5 – Letztwillige Schiedsverfügungen bei grenzüberschreitenden Sachverhalten	245
A. Letztwillige Schiedsverfügungen in anderen europäischen Rechtsordnungen	246
B. Letztwillige Schiedsverfügungen vor deutschen Gerichten bei grenzüberschreitenden Sachverhalten	265
C. Das vom Schiedsgericht anzuwendende Recht	300
D. Zwischenergebnis	306
Zusammenfassung und Thesen	309
Literaturverzeichnis	315
Rechtsprechungsverzeichnis	341
Sachverzeichnis	349

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX

Einleitung.....	1
-----------------	---

<i>A. Rechtspraktische Bedeutung letztwilliger Schiedsverfügungen.....</i>	<i>3</i>
<i>B. Vor- und Nachteile letztwillig verfügter Schiedsverfahren</i>	<i>5</i>

I. Vertraulichkeit.....	5
1. Nichtöffentlichkeit des Verfahrens	6
2. Geheimhaltungspflicht der Beteiligten.....	7
II. Förderung der Vergleichsbereitschaft.....	8
III. Schnelligkeit	9
IV. Sachkunde und Unabhängigkeit der Schiedsrichter	9
V. Kosten.....	10

<i>C. Terminologie.....</i>	<i>11</i>
-----------------------------	-----------

I. Letztwillige Schiedsverfügung.....	11
II. Schiedsbindung.....	12

<i>D. Methodik und Gang der Untersuchung</i>	<i>13</i>
--	-----------

Kapitel 1 – Geschichte und Regelungsgehalt von § 1066 ZPO.....	15
---	----

<i>A. Geschichte der letztwilligen Schiedsverfügung.....</i>	<i>16</i>
--	-----------

I. Fehlen letztwilliger Schiedsverfügungen im römischen und kanonischen Recht	17
1. Römisches Recht	17
2. Kanonisches Recht	19

II.	Aufkommen und Ursprünge letztwilliger Schiedsverfügungen	21
1.	Letztwillige Schiedsverfügungen in der rechtswissenschaftlichen Literatur	21
a)	<i>Giovanni Battista Alfani</i> und <i>Marco Antonio Pellegrini</i>	21
b)	Letztwillige Schiedsverfügungen in der deutschen Literatur	24
2.	Ursprünge der letztwilligen Schiedsverfügung im deutschen Reich	25
a)	Erbausträge und letztwillige Schiedsverfügungen	26
aa)	Austräge und Erbausträge	26
bb)	Letztwillige Schiedsverfügung als Fortentwicklung des Erbaustrags	27
b)	Testamentsvollstreckung und letztwillige Schiedsverfügungen	30
III.	Gesetzgebungsgeschichte.....	32
1.	<i>Codex Iuris Bavarici Iudiciarii</i> 1753	33
2.	Bayerische Zivilprozessordnung 1869	34
3.	Reichszivilprozessordnung 1879 und 1900	35
4.	Schiedsverfahrens-Neuregelungsgesetz 1998.....	35
B.	<i>Regelungsgehalt des § 1066 ZPO nach geltendem Recht</i>	36
I.	Tatbestand von § 1066 ZPO.....	37
1.	Schiedsgericht	37
2.	Durch letztwillige Verfügung angeordnet	38
a)	Einhaltung der erbrechtlichen Formvorschriften	39
b)	Einhaltung weiterer formeller Vorschriften des Erbrechts	40
aa)	Unzulässigkeit der Stellvertretung	41
bb)	Altersgrenze der Testierfähigkeit	41
cc)	Ehe oder Lebenspartnerschaft beim gemeinschaftlichen Testament	41
c)	Verfügung statt Vereinbarung	42
3.	In gesetzlich statthafter Weise angeordnet	44
a)	Die gesetzlich statthafte Weise vor Inkrafttreten des BGB	44
b)	Die gesetzlich statthafte Weise seit Inkrafttreten des BGB	46
aa)	Letztwillige Schiedsverfügung als Auflage	47
bb)	Letztwillige Schiedsverfügung als letztwillig angeordnetes Schiedsgutachten	48
c)	Die gesetzlich statthafte Weise als funktionsloses Tatbestandsmerkmal	49
II.	Rechtsfolge von § 1066 ZPO	51
1.	Entsprechende Anwendung der Vorschriften des zehnten Buchs der ZPO	51

2. Keine Beachtung der Schiedsverfügung von Amts wegen	51
3. Keine Sonderregelung der Schiedsfähigkeit in § 1066 ZPO.....	53
III. § 1066 ZPO als konstitutive oder deklaratorische Norm	55
C. <i>Zwischenergebnis</i>	57
Kapitel 2 – Einseitige Schiedsverfügungen in den USA.....	59
A. <i>Terminologie des US-amerikanischen Erb- und Trustrechts</i>	59
B. <i>Rechtshistorische Entwicklung</i>	60
I. Erbe des englischen Rechts.....	61
II. Entwicklung in den USA	62
C. <i>Grundstrukturen des Erb-, Trust- und Schiedsverfahrensrechts</i>	64
I. Erb- und Trustrecht.....	65
1. Gesetzgebungs- und Gerichtszuständigkeit.....	65
a) Gesetzgebungszuständigkeit.....	65
b) Gerichtszuständigkeit.....	66
2. Grundstrukturen.....	68
a) Erbrecht	68
b) Trustrecht.....	68
c) Nebeneinander von <i>probate</i> und <i>nonprobate transfers</i>	70
II. Schiedsverfahrensrecht	71
1. Gesetzgebungs- und Gerichtszuständigkeit.....	72
a) Gesetzgebungszuständigkeit und Anwendungsbereich des FAA.....	72
b) Gerichtszuständigkeit.....	73
2. Grundstrukturen.....	74
3. <i>Subject matter arbitrability</i> von Erb- und Truststreitigkeiten	74
a) <i>Probate matters</i>	75
b) Haftung des Trustees.....	76
D. <i>Geltungsgrund und Geltungsgrenzen einseitiger Schiedsverfügungen</i>	78
I. Einseitige Schiedsverfügungen als Ausdruck der <i>freedom of disposition</i>	80
1. Entgegenstehender Wortlaut der Schiedsverfahrensgesetze	81
2. Konsequenzen für die Reichweite der Schiedsbindung	83
II. <i>Direct benefits estoppel</i>	84

1. Die Schiedsbindung kraft <i>direct benefits estoppel</i> im Allgemeinen	84
2. <i>Direct benefits estoppel</i> und einseitige Schiedsverfügungen	86
3. Konsequenzen für die Reichweite der Schiedsbindung	88
a) Reichweite der Schiedsbindung in persönlicher Hinsicht	88
b) Reichweite der Schiedsbindung in sachlicher Hinsicht	89
III. Trusts und Testamente als Verträge zugunsten Dritter	91
1. Die Schiedsbindung des begünstigten Dritten im Allgemeinen	92
2. Trusts als Verträge zugunsten Dritter	93
a) <i>Testamentary trust</i>	94
b) <i>Inter vivos</i> -Trust durch <i>declaration of trust</i>	95
c) <i>Inter vivos</i> -Trust durch <i>trust deed</i>	96
3. Testamente als Verträge zugunsten Dritter	96
a) Das Erbrecht als „greater donative freedom contract“	97
b) Kritik am „greater donative freedom contract“	98
4. Konsequenzen für die Reichweite der Schiedsbindung	99
a) Reichweite der Schiedsbindung in persönlicher Hinsicht	99
b) Reichweite der Schiedsbindung in sachlicher Hinsicht	100
IV. Gesetzgebung	100
1. Gesetzgebung in einigen Bundesstaaten und ACTEC-Modellgesetz	101
a) Hawaii	102
b) ACTEC-Modellgesetz	103
c) Florida	104
d) Arizona	105
e) New Hampshire	107
f) Missouri	108
g) South Dakota	109
2. Gemeinsamkeiten und Unterschiede	109
a) Schiedsverfahren und andere ADR-Formen	110
b) Trusts oder Testamente als taugliche Rahmendokumente	110
3. Konsequenzen für die Reichweite der Schiedsbindung	111
a) Reichweite der Schiedsbindung in persönlicher Hinsicht	112
b) Reichweite der Schiedsbindung in sachlicher Hinsicht	112
E. <i>Zwischenergebnis</i>	113
I. Geltungsgrund der einseitigen Schiedsverfügung	114
II. Reichweite der einseitig verfügbaren Schiedsbindung	115
1. In persönlicher Hinsicht	115
2. In sachlicher Hinsicht	116

Kapitel 3 – Geltungsgrund der letztwilligen Schiedsverfügung	119
<i>A. Schiedsverfügungen im verfassungsrechtlichen Spannungsfeld</i>	120
I. Grundrechtspositionen der Nachlassbeteiligten	120
1. Allgemeiner Justizgewährungsanspruch	121
a) Ableitung und Schutzbereich	121
b) Eingriff aufgrund der letztwilligen Schiedsverfügung	123
aa) Eingriff durch Akt der öffentlichen Gewalt	123
bb) Inhaltliche Aspekte des Eingriffs in den Justizgewährungsanspruch	124
(1) Eingriff auf Klägerseite: Klagabweisung auf Schiedseinrede hin	124
(2) Eingriff auf Beklagtenseite: Beschränkte Kontrolle des Schiedsspruchs	125
(3) Eingriff unter dem Gesichtspunkt des Fehlens von Prozesskostenhilfe	126
cc) Kein Ausschluss des Eingriffs wegen Verfahrensrechten im Schiedsverfahren	127
2. Recht auf den gesetzlichen Richter	128
a) Schutzbereich	128
b) Eingriff aufgrund der letztwilligen Schiedsverfügung	129
aa) Entzug durch Akt der öffentlichen Gewalt	129
bb) Schiedsrichter als gesetzlicher Richter	130
cc) Kein Entzug durch Nichtgewährung von Rechtsschutz	131
3. Recht auf rechtliches Gehör	132
4. Pflichtteilsrecht als Ausprägung der Erbrechtsgarantie	134
a) Schutzbereich in materieller und prozessualer Dimension	134
b) Eingriff aufgrund der letztwilligen Schiedsverfügung	136
5. Gewährleistungen nach Art. 6 Abs. 1 EMRK	137
a) Schiedsverfahren in der Rechtsprechung des EGMR	137
b) Konsequenzen für letztwillig verfügte Schiedsverfahren	138
II. Grundrechtspositionen des Testators	140
1. Testierfreiheit	140
a) Keine Institutsgarantie letztwilliger Schiedsverfügungen	141
b) Testierfreiheit als Teilschutzbereich der Erbrechtsgarantie	142
c) Eingriff durch Nichtberücksichtigung der letztwilligen Schiedsverfügung	143
2. Postmortales Persönlichkeitsrecht	143
III. Grundrechtskollision	145

B.	<i>Bestimmung des Geltungsgrundes</i>	146
I.	Einverständnis der Nachlassbeteiligten	147
	1. Nichtausschlagen als Einverständnis mit der Schiedsverfügung	147
	2. Konsequenzen für die Reichweite der Schiedsbindung	149
	3. Kritik	149
	a) Unvereinbarkeit mit der Rechtsgeschäftslehre	150
	b) Unzulässige Fiktion auch nach gelockerten Standards	151
	c) Keine Übertragbarkeit der <i>direct benefits estoppel</i> -Lehre	152
II.	Eigenständige prozessuale Verfügungsbefugnis von Todes wegen	153
	1. Parallelen zur Vertragsschiedsgerichtsbarkeit	153
	2. Konsequenzen für die Reichweite der Schiedsbindung	154
	3. Kritik	155
	a) Wortlaut von § 1066 ZPO	155
	b) Verwechslung von Schiedsfähigkeit und Schiedsbindung	156
	c) Gleichwertigkeit als Scheinargument	156
	d) Verfassungsrechtliche Bedenken	158
	aa) Bedenken in Hinblick auf den Justizgewährungsanspruch ...	158
	bb) Bedenken in Hinblick auf das Pflichtteilsrecht	159
III.	Letztwillige Schiedsverfügung als Belastung der Zuwendung	159
	1. Belastung der Zuwendung und Verfassungsrecht	161
	a) Nichtbegünstigung als Alternativszenario	161
	b) Möglichkeit der Nichtbegünstigung als Abwägungsbelang	162
	2. Vergleich mit dem US-amerikanischen Recht	163
	3. Vergleich mit der Schiedsbindung beim Vertrag zugunsten Dritter	164
C.	<i>Zwischenergebnis</i>	165
 Kapitel 4 – Reichweite der letztwillig verfüigten Schiedsbindung		167
A.	<i>Primat des Wortlauts der letztwilligen Schiedsverfügung</i>	168
B.	<i>Reichweite in persönlicher Hinsicht</i>	168
I.	Erben	169
	1. Gewillkürte Erben	169
	2. Gesetzliche Erben	169
II.	Vermächtnisnehmer	171
	1. Gewillkürte Vermächtnisse	171
	2. Voraus und Dreißigster	171

III. Testamentsvollstrecker.....	172
IV. Pflichtteilsberechtigte	174
V. Nachlassgläubiger und -schuldner.....	175
VI. Nachlasspfleger, Nachlassinsolvenzverwalter und Nachlassverwalter	176
1. Nachlasspfleger	177
2. Nachlassinsolvenzverwalter.....	178
3. Nachlassverwalter.....	180
 C. Reichweite in sachlicher Hinsicht	182
I. Auslegung letztwilliger Verfügungen.....	184
II. Unwirksamkeit oder Nichtigkeit letztwilliger Verfügungen	186
1. Wirksamkeitsstreitigkeiten um die letztwillige Schiedsverfügung	188
a) Unwirksamkeitsstreitigkeiten bei vertraglich vereinbarten Schiedsverfahren.....	188
aa) Verhältnis der Schiedsvereinbarung zum Hauptvertrag	188
bb) Kompetenz zur Prüfung der Schiedsvereinbarung	189
b) Übertragung auf letztwillig verfügte Schiedsverfahren.....	191
aa) Verhältnis der Schiedsverfügung zu anderen letztwilligen Verfügungen.....	191
bb) Kompetenz zur Prüfung der letztwilligen Schiedsverfügung	193
2. Wirksamkeitsstreitigkeiten im Übrigen.....	194
a) Schiedsbindung in persönlicher und sachlicher Hinsicht	194
b) Keine Schiedsbindung in persönlicher und sachlicher Hinsicht.....	195
c) Keine Schiedsbindung des Beklagten in persönlicher Hinsicht.....	196
3. Wirksamkeitsstreitigkeiten im Erbscheinsverfahren	197
a) Koordination von Erbscheinsverfahren und streitiger Staatsgerichtsbarkeit	198
b) Koordination von Erbscheinsverfahren und Schiedsgerichtsbarkeit.....	199
aa) Keine Erbscheinserteilung durch das Schiedsgericht.....	199
bb) Bindungswirkung der jeweiligen Entscheidungen	200
cc) Aussetzung des Verfahrens	201
4. Vereinfachungsmöglichkeiten	202
a) Schiedsbindung aller Wirksamkeitsstreitigkeiten?.....	202
aa) Kompetenz-Kompetenz der Staatsgerichte als Hindernis	203
bb) Erbscheinsverfahren als Hindernis	203

b) Gänzlicher Ausschluss von Wirksamkeitsstreitigkeiten?	205
III. Verwaltung und Auseinandersetzung des Nachlasses	206
1. Verwaltung des Nachlasses	207
2. Erbauseinandersetzung	208
a) Erbauseinandersetzung nach den gesetzlichen Vorschriften	209
b) Erbauseinandersetzung nach billigem Ermessen des Schiedsgerichts	210
aa) Entscheidung nach Billigkeit gem. § 1051 Abs. 3 ZPO	211
bb) Entscheidung nach billigem Ermessen gem. § 2048 Satz 2 und 3 BGB	212
cc) Verhältnis von § 1051 Abs. 3 ZPO und § 2048 Satz 2 BGB	216
IV. Vermächtnisse und Auflagen	217
V. Pflichtteilsrecht	218
1. Pflichtteilsanspruch und Auskunftsanspruch	218
2. Zusatzpflichtteil und Pflichtteil nach Anrechnung eines Vermächtnisses	220
3. Pflichtteilsergänzungsanspruch	221
4. Ertragswertanordnung, Pflichtteilsentziehung und Pflichtteilsbeschränkung	221
5. Verteilung der Pflichtteilslast im Innenverhältnis	223
6. Exkurs: Schiedsverfügung als Beschwerde nach § 2306 BGB	224
VI. Testamentvollstreckung	228
1. Auseinandersetzung der Miterbengemeinschaft	228
2. Vergütung des Testamentvollstreckers	229
3. Verwaltung des Nachlasses und Haftung des Testamentvollstreckers	230
4. Entlassung des Testamentvollstreckers	232
a) § 2220 BGB als Hinderungsgrund	233
b) Zuständigkeit des Nachlassgerichts als Hinderungsgrund	235
 D. <i>Kompetenzspaltung und optionale Zuständigkeit des Schiedsgerichts</i>	238
E. <i>Reichweite der Schiedsbindung und Verwirkungsklauseln</i>	239
I. <i>Ausgestaltung und Probleme von Verwirkungsklauseln</i>	240
II. <i>Keine Erweiterung der Schiedsbindung durch Verwirkungsklauseln</i>	241
 F. <i>Zwischenergebnis</i>	242

Kapitel 5 – Letztwillige Schiedsverfügungen bei grenzüberschreitenden Sachverhalten.....	245
<i>A. Letztwillige Schiedsverfügungen in anderen europäischen Rechtsordnungen</i>	<i>246</i>
I. Österreich	247
II. Spanien.....	251
III. Schweiz	254
IV. Italien.....	259
V. Frankreich.....	261
VI. England und Wales	262
<i>B. Letztwillige Schiedsverfügungen vor deutschen Gerichten bei grenzüberschreitenden Sachverhalten</i>	<i>265</i>
I. Einredeperspektive.....	266
1. Kein Ausschluss von Schiedsverfahren durch die EuErbVO.....	266
2. Schiedsverfügungsstatut	267
a) Reichweite des Schiedsverfügungsstatuts	267
aa) Letztwillige Schiedsverfügung als Grundlage des Schiedsverfahrens	267
bb) Bestimmung der Schiedsbindung in persönlicher und sachlicher Hinsicht.....	270
b) Bestimmung des Schiedsverfügungsstatuts	271
aa) Keine Bestimmung nach den Kollisionsnormen des UNÜ ...	271
(1) Handelssachenvorbehalt	272
(2) Beschränkung des UNÜ auf vertraglich vereinbarte Schiedsgerichte	273
bb) Bestimmung nach den Kollisionsnormen der EuErbVO.....	276
(1) Anwendbarkeit der EuErbVO auf letztwillige Schiedsverfügungen	276
(2) Bestimmung nach Erbstatut und Errichtungsstatut.....	278
(3) Eingeschränkte Rechtswahl als Konsequenz.....	280
cc) Besonderheiten bei Schiedsverfügungen in Trusts	280
(1) <i>Testamentary trusts</i>	281
(2) <i>Inter vivos</i> -Trusts	284
3. Gesondert anzuknüpfende Teilfragen	284
a) Objektive Schiedsfähigkeit.....	284
b) Subjektive Schiedsfähigkeit	285
c) Form der Schiedsverfügung	287
II. Anerkennungs- und Vollstreckungsperspektive.....	288
1. Vorfrage: inländischer oder ausländischer Schiedsort.....	288

a) Bestimmung des Schiedsortes durch den Erblasser	289
aa) Keine Einschränkung durch die Zuständigkeitsvorschriften der EuErbVO	289
bb) Bestimmungsbefugnis des Erblassers nach deutschem Recht	290
b) Bestimmung des Schiedsorts durch die Parteien	291
c) Bestimmung des Schiedsorts durch das Schiedsgericht	292
2. Zuständigkeit des angegangenen Gerichts	292
a) Anerkennung	293
b) Vollstreckung	293
3. Anwendbares Anerkennungs- und Vollstreckungsregime	294
a) Inländische Schiedssprüche	294
b) Ausländische Schiedssprüche	295
4. Prüfung des Schiedsspruchs durch das staatliche Gericht	296
a) Unwirksamkeit der Schiedsverfügung	296
b) Fehlende Schiedsbindung	297
c) Fehlende objektive Schiedsfähigkeit	298
d) Verstoß gegen den deutschen <i>ordre public</i>	298
 C. <i>Das vom Schiedsgericht anzuwendende Recht</i>	300
I. Erbrecht	300
1. Anwendbarkeit der EuErbVO	301
a) Anwendbarkeit im Schiedsverfahren	301
b) Anwendbarkeit in territorialer Hinsicht	302
2. Entscheidung nach Billigkeit im Erbrecht	304
II. Trustrecht	304
III. Konsequenzen für Anerkennung und Vollstreckung des Schiedsspruchs	305
 D. <i>Zwischenergebnis</i>	306
 Zusammenfassung und Thesen	309
 Literaturverzeichnis	315
Rechtsprechungsverzeichnis	341
Sachverzeichnis	349

Abkürzungsverzeichnis

2nd Cir.	U.S. Court of Appeals for the Second Circuit
3rd Cir.	U.S. Court of Appeals for the Third Circuit
4th Cir.	U.S. Court of Appeals for the Fourth Circuit
5th Cir.	U.S. Court of Appeals for the Fifth Circuit
7th Cir.	U.S. Court of Appeals for the Seventh Circuit
9th Cir.	U.S. Court of Appeals for the Ninth Circuit
A.	Atlantic Reporter
A.2d	Atlantic Reporter, Second Series
a. A.	andere Ansicht
A.B.A. J.	American Bar Association Journal
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ACTEC L.J.	ACTEC Law Journal
ACTEC	American College of Trust and Estate Counsel
a. F.	alte Fassung
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
Akron L. Rev.	Akron Law Review
Ala. L. Rev.	Alabama Law Review
allg.	allgemein
ALR	Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten
Alt.	Alternative
App.	Appendix
Arb. Int'l	Arbitration International
Arb. J.	The Arbitration Journal
Ariz. App. Unpub. LEXIS	Arizona Court of Appeals Unpublished Cases, verfügbar über Lexis
Ariz. Ct. App.	Arizona Court of Appeals
Ariz. HB	Arizona House Bill
A.R.S.	Arizona Revised Statutes
Art.	Artikel
ASA	Association Suisse de l'Arbitrage
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich
BAG	Bundesarbeitsgericht
b-Arbitra	Revue belge de l'arbitrage
Baylor L. Rev.	Baylor Law Review

BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
bayZPO	Prozessordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vom 1. Februar 1869 (Bayern)
BB	Betriebs-Berater
BBl.	Bundesblatt (Schweiz)
BeckOGK	beck-online Großkommentar
BeckOK	Beck'scher Onlinekommentar
BeckRS	Beck Online Rechtsprechung
Beil.	Beilage
Begr.	Begründer
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
Brüssel Ia-VO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
BSK	Basler Kommentar
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
B.U. L. Rev.	Boston University Law Review
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BWNNotZ	Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg
ByzZ	Byzantinische Zeitschrift
bzw.	beziehungsweise
C. civ.	Code civil (Frankreich)
Cal. App. 4th	California Appellate Reports, 4th Series
Cal. App. 4th	California Appellate Reports, Fourth Series
Cal. Ct. App.	California Court of Appeal
Cal. Ct. App.	Court of Appeal of California
Cal. L. Rev.	California Law Review
Cal. Rptr. 3d	California Reporter, Second Series
Cal. Sup. Ct.	California Supreme Court
Cambridge L.J.	Cambridge Law Journal
Cap.	Caput/Kapitel
Cardozo J. Conflict Resol.	Cardozo Journal of Conflict Resolution
Case W. Res. L. Rev.	Case Western Reserve Law Review
CC	Código Civil (Spanien)
Ch.	Chapter
chZPO	Zivilprozessordnung (Schweiz)
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
Conn. Sup. Ct.	Connecticut Supreme Court
Conn.	Connecticut Reports
Cornell L. Rev.	Cornell Law Review
CPC	Code de procédure civile (Frankreich)

e.p.c.	Codice di procedura civile (Italien)
CPO	Civilprozessordnung (Deutschland 1879–1900)
D.C. Ct. App.	District of Columbia Court of Appeals
Del. Sup. Ct.	Delaware Supreme Court
DFG	Deutsche Freiwillige Gerichtsbarkeit
d. h.	das heißt
diff.	differenzierend
DIS	Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V.
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
Duke J. Comp. & Int'l L.	Duke Journal of Comparative & International Law
E	Entwurf
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Elder L.J.	Elder Law Journal
ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis
ErbStB	Erbschaft-Steuerberater
ErwG	Erwägungsgrund
Est. Plan.	Estate Planning
Est. Plan. & Cmty. Prop. L.J.	Estate Planning & Community Property Law Journal
et al.	et alii
EU	Europäische Union
EuErbVO	Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVÜ	(Europäisches) Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
F. Supp. 3d	Federal Supplement, Third Series
F.	Federal Reporter
f., ff.	folgende
F.2d	Federal Reporter, Second Series
F.3d	Federal Reporter, Third Series
FAA	Federal Arbitration Act (USA)
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Fla. L. Rev.	Florida Law Review
Fla. L. Rev. Forum	Florida Law Review Forum
Fla. Stat.	Florida Statutes

Fn.	Fußnote
Franchise L.J.	Franchise Law Journal
FS	Festschrift
gem.	gemäß
Geo. L.J.	The Georgetown Law Journal
GesZR	Der Gesellschafter
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GKG	Gerichtskostengesetz
GNotKG	Gerichts- und Notarkostengesetz
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
Gruch	Gruchots Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GS	Gedächtnisschrift
HansOLG	Hanseatisches Oberlandesgericht (Hamburg)
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
Haw. B.J.	Hawaii Bar Journal
Hist. J.	The Historical Journal
h.M.	herrschende Meinung
Hofstra L. Rev.	Hofstra Law Review
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung
hrsg./Hrsg.	herausgegeben/Herausgeber
HTestÜ	(Haager) Übereinkommen über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht vom 5. Oktober 1961
Iowa L. Rev.	Iowa Law Review
Iowa Sup. Ct.	Iowa Supreme Court
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (Schweiz)
i. V. m.	in Verbindung mit
J. Disp. Resol.	Journal of Dispute Resolution
J. Legal Hist.	The Journal of Legal History
JB1	Juristische Blätter
JCP N	La Semaine Juridique Notariale et Immobilière
JEV	Journal für Erbrecht und Vermögensnachfolge
JherJb	Jherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts
JURA	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	JuristenZeitung
Kan. Sup. Ct.	Kansas Supreme Court
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
krit.	kritisch
KTS	Zeitschrift für Insolvenzrecht

LA	Ley 60/2003, de 23 de diciembre, de Arbitraje (Spanien)
Law & Hist Rev	Law and History Review
LG	Landgericht
Lib.	Liber
lit.	littera
LNot	La notaría
L.Q.R.	Law Quarterly Review
M.D. Fla.	U.S. District Court for the Middle District of Florida
Md. L. Rev.	Maryland Law Review
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Mich. Ct. App.	Michigan Court of Appeals
Mich.L.Rev.	Michigan Law Review
Mich. Sup. Ct.	Michigan Supreme Court
Misc.	New York Miscellaneous Reports
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer
Mo. Rev. Stat.	Missouri Revised Statutes
Mo. SB	Missouri Senate Bill
MüKo	Münchener Kommentar
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
N.C. L. Rev.	North Carolina Law Review
Nev. L.J.	Nevada Law Journal
NH SB	New Hampshire Senate Bill
N.H. RSA	New Hampshire Revised Statutes Annotated
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift, Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
N.J. Ch.	New Jersey Court of Chancery
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
Nw. U. L. Rev.	Northwestern University Law Review
N.W.	North Western Reporter
N.W.2d	North Western Reporter, Second Series
N.Y. App. Div.	New York Supreme Court, Appellate Division
N.Y. Sur. Ct.	New York Surrogate's Court
N.Y.S.2d	New York Supplement, Second Series
N.Y.U.L. Rev.	New York University Law Review
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
o. Az.	ohne Aktenzeichen
OG	Obergericht
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
Ohio Prob. L.J.	Probate Law Journal of Ohio

Ohio St. J. on Disp. Resol.	Ohio State Journal of Dispute Resolution
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
öZPO	Zivilprozessordnung (Österreich)
P.	Pacific Reporter
P.2d	Pacific Reporter, Second Series
P.3d	Pacific Reporter, Third Series
Pa. County Ct.	Pennsylvania County Court
Pa. Sup. Ct.	Pennsylvania Supreme Court
Pa.C.	Pennsylvania County Court Reports
Pepp. Disp. Resol. L.J.	Pepperdine Dispute Resolution Law Journal
Prob. & Prop.	Probate & Property
Quinnipiac Prob. L.J.	Quinnipiac Probate Law Journal
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rass. dir. civ.	Rassegna di diritto civile
RdW	Österreichisches Recht der Wirtschaft
Real Prop. Prob. & Tr. J.	Real Property, Probate and Trust Journal
Real Prop. Tr. & Est. L.J.	Real Property, Trust and Estate Law Journal
Rev. arb.	Revue de l'arbitrage
Rev. Litig.	The Review of Litigation
Rev. not.	Revue du Notariat Belge
Rg	Rechtsgeschichte (Zeitschrift)
RG	Reichsgericht
RGBI.	Reichsgesetzblatt
RGRK	Das Bürgerliche Gesetzbuch mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofs (Reichsgerichtsratekommentar)
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Riv. arb.	Rivista dell'arbitrato
Riv. dir. civ.	Rivista di diritto civile
Riv. trim. dir. proc. civ.	Rivista trimestrale di diritto e procedura civile
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notarzeitschrift
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
RUAA	Revised Uniform Arbitration Act (USA)
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
S.	Seite
S. Cal. L. Rev.	Southern California Law Review
sc.	scilicet
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
SchHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen

S.D. Codified Laws	South Dakota Codified Laws
S.D. HB	South Dakota House Bill
S.D.N.Y.	U.S. District Court for the Southern District of New York
sec.	section
SeuffArch	Seuffert's Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte in den deutschen Staaten, neue Folge
sog.	sogenannt
SpuRt	Zeitschrift für Sport und Recht
St. Louis U. L.J.	Saint Louis University Law Journal
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
Strieth. Arch.	Strieths Archiv für Rechtsfälle, die zur Entscheidung des Königlichen Ober-Tribunals gelangt sind
S.W.	South Western Reporter
S.W.2d	South Western Reporter, Second Series
S.W.3d	South Western Reporter, Third Series
S.W.3d	South Western Reporter, Third Series
Tenn. App. LEXIS	Tennessee Court of Appeals Cases, verfügbar über Lexis
Tenn. Ct. App.	Tennessee Court of Appeals
Tenn. Sup. Ct.	Tennessee Supreme Court
Tex. App. LEXIS	Texas Court of Appeals and Court of Civil Appeals Cases, verfügbar über Lexis
Tex. B.J.	Texas Bar Journal
Tex. Civ. Prac. & Rem. Code	Texas Civil Practice and Remedies Code
Tex. Ct. App.	Texas Court of Appeals
Tex. Sup. Ct.	Texas Supreme Court
U. Chi. L. Rev.	University of Chicago Law Review
U. Kan. L. Rev.	University of Kansas Law Review
U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review
u. a.	und andere
UAA	Uniform Arbitration Act (USA)
UKPC	Privy Council of the United Kingdom
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
UNÜ	New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10. Juni 1958
UPC	Uniform Probate Code (USA)
U.S. Dist. LEXIS	US District Court Cases, verfügbar über Lexis
U.S. Sup. Ct.	U.S. Supreme Court
U.S.	United States Supreme Court Reports
U.S.C.	United States Codes
UTC	Uniform Trust Code (USA)
v.	von, versus
Vand. J. Transnat'l L.	Vanderbilt Journal of Transnational Law
Vand. L. Rev.	Vanderbilt Law Review
Verf.	Verfasser

vgl.	vergleiche
W. Va. Sup. Ct.	Supreme Court of Appeals of West Virginia
W.Va.	West Virginia Supreme Court Reports
Wash. U. L.Q.	Washington University Law Quarterly
Yale L.J.	Yale Law Journal
z. B.	zum Beispiel
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins
ZErB	Zeitschrift für die Steuer- und Erbrechtspraxis
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenz- und Sanierungsrecht
ZK	Zürcher Kommentar
ZNR	Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte
ZPO	Zivilprozessordnung
ZR	Blätter für Zürcherische Rechtsprechung
ZRG-RA	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanistische Abteilung
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess International

Einleitung

Am 20. März 1641, gerade noch rechtzeitig vor seinem Tod am 2. April, machte Herzog Georg von Braunschweig und Lüneburg sein Testament. Da er wusste, „wie übel [...] Mißhelligkeit und Mißverstände [...] allemahl gerathen“ und was „dahero für unwiederbringlicher Schade und Nachtheil“ entsteht, traf er Anordnungen dazu, wie ein Streit unter seinen Erben entschieden werden sollte. Der Spruch des von ihm eingesetzten Gerichts sollte die Sache endgültig klären, „denn [was] also erkannt und ausgesprochen, dem sollen beede Theile [...] ohnverweigerlich geleben und nachkommen, so lieb Ihnen ist GOTTES des höchsten Richters unausbleibliche Straffe zu vermeyden.“¹

Während Herzog Georg hoffen musste, dass die Furcht vor „GOTTES unausbleiblicher Straffe“ genügt, damit sich seine Nachkommen an den Spruch halten, verheißt § 1066 ZPO irdische Rechtswirkungen. Nach dieser Vorschrift gelten die Vorschriften über vertraglich vereinbarte Schiedsgerichte für Schiedsgerichte entsprechend, die in gesetzlich statthafter Weise durch letztwillige Verfügungen angeordnet werden. Das Gesetz geht also davon aus, dass Schiedsverfahren grundsätzlich durch letztwillige Verfügungen angeordnet werden können.

§ 1066 ZPO steht damit in deutlichem Kontrast zur Freiwilligkeit als einem Grundprinzip des Schiedsverfahrensrechts.² Während das gesamte übrige Schiedsverfahrensrecht der ZPO auf der Schiedsvereinbarung der Parteien aufbaut, stellt § 1066 ZPO auf die Verfügung einer Person ab, die niemals selbst Partei einer Erbstreitigkeit ist – nämlich auf eine Verfügung des Erblassers. Doch man kann letztwillige Schiedsverfügungen auch anders betrachten: Den Erben fällt durch die Erbschaft ein mitunter beträchtliches Vermögen in den Schoß. Ist die letztwillige Schiedsverfügung im Vergleich dazu nicht eine ganz unwesentliche Einschränkung, die von den Erben hinzunehmen ist?

¹ Abgedruckt bei *Stryk*, *Tractatus de Cautelis Testamentorum*, App. IV, § 25 (103).

² Siehe z.B. *U. Steiner*, *SchiedsVZ* 2013, 15, 17: „Eine unaufgebbare verfassungsrechtliche Prämisse der Zulässigkeit eines schiedsgerichtlichen Verfahrens ist unverändert die Freiwilligkeit des Verzichts auf Anrufung der staatlichen Gerichte durch Abschluss einer Schiedsvereinbarung nach § 1029 ZPO.“ Ähnlich z.B. *Geimer*, in: *Schlosser*, *Integritätsprobleme im Umfeld der Justiz*, 113, 161; *Hammer*, in: *FS Geimer*, 169, 169 f.; *Widdascheck*, *Der Justizgewährleistungsanspruch des Dopingsünders*, 176 f.; aus Sicht der EMRK z.B. *Matscher*, in: *FS Nagel*, 227, 243.

Letztwillige Schiedsverfügungen lösen einen Interessenkonflikt aus, in dem sich beide Seiten auf verfassungsrechtlich geschützte Belange berufen können: Auf der einen Seite stehen die Nachlassbeteiligten, die Anspruch auf Rechtsschutz durch die staatlichen Gerichte haben. Auf der anderen Seite steht der Testator, dem die ebenfalls grundgesetzlich geschützte Testierfreiheit eine weitreichende Bestimmungsmacht über den eigenen Nachlass einräumt.

Die vorliegende Arbeit nimmt den Regelfall des Schiedsverfahrensrechts – also die Schiedsvereinbarung nach § 1029 ZPO – zum Ausgangspunkt und fragt, warum letztwillige Schiedsverfügungen als Ausnahme hierzu überhaupt zugelassen werden können. Diese Frage wird als die Frage nach dem „Geltungsgrund“³ letztwilliger Schiedsverfügungen bezeichnet. Aufbauend hierauf werden die Geltungsgrenzen letztwilliger Schiedsverfügungen eruiert, und zwar in persönlicher Hinsicht (wer ist schiedsgebunden?) und in sachlicher Hinsicht (welche Ansprüche sind schiedsgebunden?). Hinzu kommt eine Geltungsgrenze in territorialer Hinsicht: Die in § 1066 ZPO enthaltene Entscheidung, dass ein Schiedsverfahren durch letztwillige Verfügung angeordnet werden kann, wird bei weitem nicht von allen Rechtsordnungen geteilt. Bei einem Erbfall mit Bezug zu mehreren Rechtsordnungen kommt es daher darauf an, welches Recht auf die Schiedsverfügung anzuwenden ist.

In Bezug auf die Geltungsgrenzen hat der BGH im Jahr 2017 zwei wichtige Grenzsteine in der „terra incognita“⁴ letztwilliger Schiedsverfügungen aufgestellt:⁵ Für die Rechtspraxis gilt nun, dass ein letztwillig verfügbares Schiedsgericht weder Streitigkeiten um die Erfüllung von Pflichtteilsansprüchen noch Streitigkeiten um die Entlassung eines Testamentsvollstreckers entscheiden darf. Die Rechtswissenschaft kann derartige Impulse aus der Rechtsprechung aufnehmen und in zwei Richtungen weiterdenken: Erstens laden die BGH-Entscheidungen dazu ein, in die Tiefe zu gehen und nach den Grundsätzen zu fragen, die hinter letztwilligen Schiedsverfügungen stehen. Zweitens ist die Rechtswissenschaft aufgefordert, in die Breite zu gehen, d. h. Lösungen für Sachverhaltskonstellationen zu entwickeln, die noch nicht vom BGH entschieden wurden. In beide Richtungen will diese Arbeit einen Beitrag leisten.

³ Begriff nach *Bandel*, NotBZ 2005, 381, 384.

⁴ *W. Reimann*, FamRZ 2017, 1295, 1296.

⁵ BGH, Beschl. v. 16.3.2017 – I ZB 49/16, ZEV 2017, 416 ff.; BGH, Beschl. v. 16.3.2017 – I ZB 50/16, NJW 2017, 2115 ff.; BGH, Beschl. v. 17.5.2017 – IV ZB 25/16, BGHZ 215, 109 ff.

A. Rechtspraktische Bedeutung letztwilliger Schiedsverfügungen

Van Cleef attestierte dem letztwillig angeordneten Schiedsverfahren in seiner Dissertation aus dem Jahr 1914, es habe bereits im 19. Jahrhundert „an praktischer Bedeutung sehr verloren“.⁶ Auch im 20. Jahrhundert stieß das Thema auf wenig Interesse, und zwar sowohl in der Rechtswissenschaft als auch in der Rechtspraxis.⁷

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts erleben letztwillige Schiedsverfügungen hingegen eine „Renaissance“⁸, wobei nicht klar ist, ob es sich um eine Wiedergeburt im Wortsinn handelt oder eher um ein neues Phänomen. Jedenfalls sind neben den genannten Entscheidungen des BGH seit der Jahrtausendwende mindestens zehn Entscheidungen staatlicher Gerichte publiziert worden, in denen letztwillige Schiedsverfügungen eine Rolle spielten.⁹

Was genau das Interesse an letztwilligen Schiedsverfügungen entfacht hat, ist nicht eindeutig zu sagen. Ein Faktor dürfte der allgemeine Trend zur *Alternative Dispute Resolution* (ADR) sein, in dessen Verlauf Mediation und

⁶ *Van Cleef*, Die letztwillige Schiedsgerichtsklausel, 12; ganz ähnlich RG, Urt. v. 27.9.1920 – IV 2/20, RGZ 100, 76, 77: „[...] das früher mehr gebräuchliche Rechtsgebilde eines letztwillig angeordneten Schiedsgerichts [ist] seit langen Jahren fast völlig aus dem Rechtsleben verschwunden [...]“

⁷ Aus dem 20. Jahrhundert finden sich, soweit ersichtlich, nur vier veröffentlichte Urteile zu letztwilligen Schiedsverfügungen: RG, Urt. v. 27.9.1920 – IV 2/20, RGZ 100, 76; RG, Urt. v. 23.6.1931 – VII 237/30, RGZ 133, 128; BayObLG, Beschl. v. 1.6.1956 – I Z 21/56, BayObLGZ 1956, 186; OLG Hamm, Urt. v. 8.10.1990 – 8 U 38/90, NJW-RR 1991, 455. Im Grenzbereich zwischen letztwilligen und statutarischen Schiedsverfügungen liegt OLG Kiel, Urt. v. 8.12.1911 – U II 115/11, SchlHA 1912, 65, weil es hier um einen testamentarischen Fideikommiss ging, der nach dem Übergangsrecht als Stiftung zu behandeln war. In der Literatur befassen sich schwerpunktmäßig mit letztwilligen Schiedsverfügungen *Van Cleef*, Die letztwillige Schiedsgerichtsklausel, 1 ff.; *Kohler*, DNotZ 1962, 125 ff.; *U. Walter*, Mitt-RhNotK 1984, 69, 76–79; *Schiffer*, BB Beil. 5 1995, 2 ff.; *ders.*, in: Böckstiegel, Schiedsgerichtsbarkeit in gesellschaftsrechtlichen und erbrechtlichen Angelegenheiten, 65, 65 ff.; *Happe*, in: Böckstiegel, Schiedsgerichtsbarkeit in gesellschaftsrechtlichen und erbrechtlichen Angelegenheiten, 85, 85 ff.; *Otte*, in: FS Rheinisches Notariat, 241, 241 ff.

⁸ *Dawirs*, Das letztwillig angeordnete Schiedsgerichtsverfahren, 17.

⁹ In chronologischer Reihenfolge, ohne Anspruch auf Vollständigkeit: BayObLG, Beschl. v. 19.10.2000 – IZ BR 116/99, BayObLGZ 2000, 279 ff.; OLG Karlsruhe, Beschl. v. 16.11.2007 – 10 Sch 6/07, BeckRS 2009, 29357; LG Mainz, Urt. v. 17.4.2008 – 1 O 405/06, SchiedsVZ 2008, 263 f. (in derselben Angelegenheit auch OLG Koblenz, Beschl. v. 12.6.2008 – 2 SchH 2/08, SchiedsVZ 2008, 262 f.); OLG Karlsruhe, Beschl. v. 28.7.2009 – 11 Wx 94/07, NJW 2010, 688 f.; OLG Frankfurt, Urt. v. 4.5.2012 – 8 U 62/11 (juris); LG Heidelberg, Urt. v. 22.10.2013 – 2 O 128/13, ZEV 2014, 310; OLG Celle, Beschl. v. 11.12.2015 – 6 W 204/15, FamRZ 2016, 847; KG, Beschl. v. 29.1.2016 – 6 W 107/15 (juris); OLG München, Beschl. v. 13.10.2017 – 34 SchH 8/17, FamRZ 2018, 533 f.; OLG München, Beschl. v. 25.10.2017 – 18 U 1202/17, FamRZ 2018, 1035 f.; BGH, Beschl. v. 8.11.2018 – I ZB 21/18 (juris).

Schiedsverfahren auf immer neuen Rechtsgebieten erprobt werden. Ein weiterer Faktor mag sein, dass die zu vererbenden Vermögen in Deutschland stetig größer werden.¹⁰ Hierdurch steigt der Bedarf nach ausgefeiltem *estate planning*, bei dem auch Vorsorge für den Konfliktfall getroffen wird. Ferner lohnt es sich überhaupt erst ab einem gewissen Streitwert, über ein Schiedsverfahren nachzudenken, da die Kosten sonst in keinem sinnvollen Verhältnis zum Nachlasswert stehen.

Ein dritter Faktor dürfte schließlich die Lobbyarbeit des „Schlichtungs- und Schiedsgerichtshofs Deutscher Notare“ (SGH) und des Vereins „Deutsche Schiedsgerichtsbarkeit für Erbstreitigkeiten“ (DSE e.V.) sein. Beide Organisationen bieten ein institutionelles Schiedsgericht mit festgelegten Schieds- und Kostenordnungen an. Überdies schlagen sie Mustertexte für letztwillige Schiedsverfügungen vor. Diese Musterklauseln scheinen sich als Erfolg zu erweisen, zumindest wenn man die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen zu Grunde legt: In vier publizierten Entscheidungen enthielt das streitgegenständliche Testament eine Musterklausel der DSE,¹¹ während in drei Fällen die Klausel des SGH verwendet worden war.¹²

Wie häufig Erblasser tatsächlich eine Schiedsverfügung in ihr Testament oder in ihren Erbvertrag aufnehmen, wird unterschiedlich beurteilt.¹³ Eine abschließende Antwort auf die Frage scheint kaum möglich zu sein, denn den einzigen Anhaltspunkt bieten die publizierten Entscheidungen der staatlichen Gerichte. Diese lassen aber aus drei Gründen nur in begrenztem Maß Rückschlüsse zu.

Erstens zielen Schiedsverfahren – vertraglich vereinbarte ebenso wie letztwillig verfügte – darauf ab, eine Beteiligung der staatlichen Gerichte an der Streitentscheidung auszuschließen. Blickt man auf die veröffentlichten Entscheidungen der staatlichen Gerichte, blickt man also auf die Sonderfälle, in denen es nicht gelungen ist, die staatlichen Gerichte außen vor zu halten.

¹⁰ Hohe Zahlen nennen z. B. *F. Harder*, Das Schiedsverfahren im Erbrecht, 14; *Dawirs*, Das letztwillig angeordnete Schiedsgerichtsverfahren, 17 (dort Fn. 10).

¹¹ BGH, Beschl. v. 17.5.2017 – IV ZB 25/16, BGHZ 215, 109, 109 (Rn. 1); OLG Celle, Beschl. v. 11.12.2015 – 6 W 204/15, FamRZ 2016, 847, 847; LG Heidelberg, Urte. v. 22.10.2013 – 2 O 128/13, ZEV 2014, 310, 310; OLG Karlsruhe, Beschl. v. 28.7.2009 – 11 Wx 94/07, NJW 2010, 688, 688 (vollständiger Wortlaut nur mitgeteilt in der ungekürzten juris-Veröffentlichung).

¹² BGH, Beschl. v. 16.3.2017 – I ZB 49/16, ZEV 2017, 416, 416; BGH, Beschl. v. 16.3.2017 – I ZB 50/16, NJW 2017, 2115, 2115; OLG München, Beschl. v. 25.10.2017 – 18 U 1202/17, FamRZ 2018, 1035, 1035 (Schiedsklausel nur mitgeteilt in der Vorinstanz LG München II, Urte. v. 24.2.2017 – 13 O 5937/15, ZEV 2017, 274, 274).

¹³ Siehe z. B. einerseits *Mankowski*, ZEV 2014, 395, 395 („[...] sind kein seltenes Phänomen mehr“); andererseits *Otte*, in: Schmoeckel, Verfassungsrechtliche Grenzen der Gestaltungsmöglichkeiten im Familien-, Erb- und Gesellschaftsrecht, 62, 62 („[...] wird wenig Gebrauch gemacht. Die Einschätzung, solche Schiedsgerichte erfreuen sich wachsender Beliebtheit, kann ich nicht teilen“).

Eine Publikationspraxis bezüglich der Schiedssprüche selbst, wie sie sich in der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit langsam entwickelt,¹⁴ gibt es für Schiedssprüche in Erbsachen nicht. Zweitens weiß man nicht, wie viele unveröffentlichte Entscheidungen der staatlichen Gerichte den veröffentlichten gegenüberstehen. Drittens verläuft die Vielzahl der Nachlassabwicklungen und Erbaueinandersetzungen harmonisch, oder zumindest, ohne dass ein (schieds-)gerichtliches Verfahren nötig wird. Etliche Schiedsverfügungen kommen daher nie zum Tragen.

B. Vor- und Nachteile letztwillig verfügter Schiedsverfahren

Ob sich letztwillige Schiedsverfügungen in der erbrechtlichen Kautelarpraxis weiter durchsetzen, hängt vor allem von den Vor- und Nachteilen eines letztwillig angeordneten Schiedsverfahrens ab. In Bezug auf vertraglich vereinbarte Schiedsverfahren sind pro und kontra oft gegenübergestellt und gegeneinander abgewogen worden.¹⁵ Obwohl die Kriterien – Vertraulichkeit, Kosten, etc. – dieselben sind, lassen sich die Argumente nicht unbesehen übertragen, denn bei letztwillig verfügten Schiedsverfahren ist zu bedenken, dass sich die Parteien nicht selbst auf das Verfahren geeinigt haben.¹⁶

I. Vertraulichkeit

Vertraulichkeit wird oft als einer der entscheidenden Vorzüge von Schiedsverfahren generell genannt.¹⁷ Auch bei Erbschaftsstreitigkeiten, so heißt es, gebe es ein hohes Interesse an Vertraulichkeit, z.B. wenn es um innerfamiliäre Konflikte oder um Interna aus dem vererbten Familienunternehmen geht.¹⁸

¹⁴ *Wimalasena*, Die Veröffentlichung von Schiedssprüchen als Beitrag zur Normbildung, 252–269.

¹⁵ Siehe z.B. *Lachmann*, Handbuch für die Schiedsgerichtspraxis, Rn. 120–183; *MüKo-ZPO-Münch*, Vorbemerkung zu § 1025 ZPO, Rn. 88–102.

¹⁶ v. *Bary*, Gerichtsstands- und Schiedsvereinbarungen im internationalen Erbrecht, 188; aus US-amerikanischer Sicht *Katzen*, *Quinnipiac Prob. L.J.* 24 (2011), 118, 120; *Beess und Chrostin*, *Real Prop. Tr. & Est. L.J.* 49 (2014), 397, 401–405.

¹⁷ *Lachmann*, Handbuch für die Schiedsgerichtspraxis, Rn. 144; *Gal*, Die Haftung des Schiedsrichters in der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit, 331; *Kahlert*, Vertraulichkeit im Schiedsverfahren, 1.

¹⁸ *Pawlytta*, *ZEV* 2003, 89, 89; *F. Harder*, Das Schiedsverfahren im Erbrecht, 21 f.; *Dawirs*, Das letztwillig angeordnete Schiedsgerichtsverfahren, 23 f.; *Gockel*, in: *Becker-vordersandfort*, Gestaltungen zum Erhalt des Familienvermögens, § 11, Rn. 17; v. *Bary*, Gerichtsstands- und Schiedsvereinbarungen im internationalen Erbrecht, 189 f.; aus US-amerikanischer Perspektive *Klinefelter/Gohn*, *Est. Plan.* 22 (1995), 147, 147; *Strong*, *Vand. J. Transnat'l L.* 45 (2012), 1157, 1182 f.; *Spitko*, in: *Strong/Molloy*, Arbitration of Trust Disputes, Rn. 3.05.

„Vertraulichkeit“ ist eigentlich ein Oberbegriff für zwei Elemente, nämlich die Nichtöffentlichkeit des Schiedsverfahrens einerseits und die Geheimhaltungspflicht der Beteiligten andererseits.¹⁹ In Bezug auf beide Elemente ist zu bezweifeln, ob eine letztwillige Schiedsverfügung dasselbe Maß an Vertraulichkeit erzeugen kann wie eine Schiedsvereinbarung.

1. Nichtöffentlichkeit des Verfahrens

Während die staatlichen Gerichte im streitigen Verfahren öffentlich verhandeln, haben nur die Parteien und ihre Vertreter Zugang zur mündlichen Verhandlung vor dem Schiedsgericht.²⁰ Damit Schiedsverfahren und Schiedsspruch nichtöffentlich bleiben, ist es indes erforderlich, dass die Streitparteien das Schiedsverfahren grundsätzlich akzeptieren. Andernfalls wird ein schiedsunwilliger Kläger mit einer Klage beim staatlichen Gericht vorpreschen²¹ und ein schiedsunwilliger Beklagter wird eine gerichtliche Entscheidung nach § 1032 Abs. 2 ZPO oder § 1040 Abs. 2 Satz 2 ZPO beantragen.²² Auch in den Verfahren zur Aufhebung eines Schiedsspruchs (§ 1059 ZPO) oder zur Vollstreckbarerklärung (§ 1060 f. ZPO) kommen die staatlichen Gerichte ins Spiel. Zwar entscheiden die Gerichte in etlichen dieser Konstellationen ohne mündliche Verhandlung. Ergangene Beschlüsse können jedoch nach Ermessen des Gerichts in anonymisierter Form veröffentlicht werden.²³

Freilich besteht auch bei Schiedsvereinbarungen die Gefahr, dass eine Partei die Schiedsvereinbarung bricht und so die Hoffnung auf eine nichtöffentliche Streitentscheidung zunichtemacht. Bei letztwilligen Schiedsklauseln dürfte diese Gefahr aber aus zwei Gründen höher sein: Erstens haben die Nachlassbeteiligten die Schiedsbindung nicht selbst vereinbart, sondern sie wurde ihnen durch den Erblasser aufgegeben, was die Bereitschaft zur Beachtung schmälern kann. Zweitens besteht ein Bedürfnis nach Vertraulichkeit zwar gerade bei konfliktbelasteten oder zerrütteten familiären Verhältnissen. Zugleich ist aber in solchen Konstellationen die Wahrscheinlichkeit groß, dass einzelne Angehörige den Nachlassplan rundweg ablehnen. Unabhängig von der rechtlichen Reichweite letztwilliger Schiedsverfügungen ist dann in tatsächlicher Hinsicht zu bezweifeln, dass ein gekränktes oder verärgertes Familienmitglied die letzt-

¹⁹ *Lionnet/Lionnet*, Handbuch der internationalen und nationalen Schiedsgerichtsbarkeit, 453; *Kahlert*, Vertraulichkeit im Schiedsverfahren, 9 f.

²⁰ *Lachmann*, Handbuch für die Schiedsgerichtspraxis, Rn. 144.

²¹ So beispielsweise OLG Frankfurt, Urt. v. 4.5.2012 – 8 U 62/11 (juris).

²² So beispielsweise OLG Karlsruhe, Beschl. v. 16.11.2007 – 10 Sch 6/07, BeckRS 2009, 29357 (Antrag nach § 1032 Abs. 2 ZPO).

²³ Zur Veröffentlichungspflicht und ihren Grenzen *Bruns*, in: Tichý/Holländer/Bruns, Oduvodnení soudního rozhodnutí/Begründung von Gerichtsentscheidung, 471, 471 ff.; zur Erteilung anonymisierter Abschriften an Dritte BGH, Beschl. v. 5.4.2017 – IV AR(VZ) 2/16, NJW 2017, 1819, 1819.

willige Schiedsverfügung akzeptiert. Eher wird es versuchen, sein vermeintlich „gutes Recht“ bei den staatlichen Gerichten zu erstreiten.²⁴

Ein Beispiel für fehlgeschlagene Vertraulichkeit trotz letztwilliger Schiedsverfügung bietet ein Urteil des OLG Frankfurt aus dem Jahr 2012:²⁵ Der Erblasser, ein „sehr berufserfahrene[r] Rechtsanwalt und Notar“²⁶ und Vater des Klägers, war in erster Ehe (zwei weitere sollten folgen) mit der Mutter des Klägers verheiratet gewesen. Während dieser Ehe errichteten die Eheleute ein Berliner Testament, das eine Schiedsverfügung enthielt. Drei Jahre nach Errichtung dieses Testaments nahm sich die Mutter des Klägers das Leben. Der Kläger – so teilt es der Tatbestand mit – hält seinen Vater für einen Ehebrecher, was er unter anderem darauf stützt, dass seine Mutter ein Kondom der Marke „Blausiegel“ in der Geldbörse seines Vaters entdeckt habe. Diese Entdeckung habe auch zu einem vorangegangenen Suizidversuch seiner Mutter geführt.

Man darf vermuten, dass der Erblasser die Erörterung solcher Anschuldigungen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren vermeiden wollte, als er eine letztwillige Schiedsverfügung in sein Testament aufnahm. Dies wurde dadurch vereitelt, dass der Sohn, der nicht nur über die angebliche Untreue seines Vaters erbost war, sondern auch darüber, dass er sich das Erbe mit der dritten Ehefrau des Vaters teilen sollte, trotz Schiedsverfügung vor einem staatlichen Gericht klagte.²⁷

2. Geheimhaltungspflicht der Beteiligten

Die Nichtöffentlichkeit des Verfahrens wird in vertraglich vereinbarten Schiedsverfahren durch die Geheimhaltungspflicht der Beteiligten flankiert, d. h. durch das Verbot, Außenstehende über Existenz oder Inhalt des Schiedsverfahrens zu informieren.²⁸ Die Schweigepflicht der Schiedsrichter folgt aus dem Schiedsrichtervertrag und muss in der Regel nicht ausdrücklich erwähnt werden.²⁹ Die Schiedsparteien hingegen sind nach überwiegender Ansicht nur

²⁴ Vgl. *K. W. Lange*, ZP 128 (2015), 407, 430 zu den faktischen Grenzen der Schiedsgerichtsbarkeit, wenn eine Streitpartei das Schiedsverfahren vehement ablehnt.

²⁵ OLG Frankfurt, Urt. v. 4.5.2012 – 8 U 62/11 (juris). Dieses Urteil wurde in gekürzter Form auch in ZEV 2012, 665–669, RNotZ 2013, 238–243, ErbR 2013, 252–257 und ZErB 2013, 267–272 veröffentlicht.

²⁶ Diese Berufsangabe ist in der juris-Veröffentlichung geschwärzt, aber z. B. in ZEV 2012, 665 mitgeteilt.

²⁷ Dabei dürfte auch der Umstand, dass der Nachlasswert laut OLG Frankfurt, Urt. v. 4.5.2012 – 8 U 62/11, Rn. 63 (juris) 40 Mio. Euro betrug, nicht gerade mäßigend gewirkt haben.

²⁸ *Kahlert*, Vertraulichkeit im Schiedsverfahren, 10.

²⁹ *Lachmann*, Handbuch für die Schiedsgerichtspraxis, Rn. 4294; *Kahlert*, Vertraulichkeit im Schiedsverfahren, 175–184; *MüKo-ZPO-Münch*, Vorbemerkung zu § 1034 ZPO, Rn. 26.

dann zur Verschwiegenheit verpflichtet, wenn sie eine entsprechende Abrede miteinander geschlossen haben oder wenn ihre Schiedsvereinbarung auf eine Verfahrensordnung verweist, die eine Schweigepflicht vorsieht.³⁰

Übertragen auf letztwillig angeordnete Schiedsverfahren bedeutet das, dass die Schiedsrichter aufgrund des Schiedsrichtervertrags, den die Parteien mit ihnen schließen (müssen), zur Verschwiegenheit verpflichtet sind. Fraglich ist aber, ob das auch für die Parteien gilt: *Dawirs* geht davon aus, dass der Erblasser die Parteien zur Verschwiegenheit verpflichten könne, indem er ein Schiedsverfahren nach einer Schiedsordnung anordnet, die eine entsprechende Pflicht enthält.³¹ Dagegen spricht jedoch, dass mit der Befugnis, letztwillig ein Schiedsverfahren anzuordnen, nicht zugleich die Befugnis einhergeht, die Parteien dieses Verfahrens zur Verschwiegenheit zu verpflichten. Eine Schweigepflicht der Parteien mag wünschenswert sein, doch sie ist keine notwendige Voraussetzung eines Schiedsverfahrens.³² Wenn sich die Parteien also nicht selbst auf eine Verschwiegenheitsvereinbarung einigen, kann sie der Erblasser nicht durch die letztwillige Schiedsverfügung dazu verpflichten, über das Schiedsverfahren Stillschweigen zu bewahren.

II. Förderung der Vergleichsbereitschaft

Altenrath schrieb 1907, der Erblasser könne mit einer letztwilligen Schiedsverfügung den Zweck verfolgen, „die gerade bei Erbschaftsprozessen häufigen Begleiterscheinungen auszuschließen, wie Hervorzerrern der intimsten Familienangelegenheiten, feindliches und gehässiges Auftreten der nächsten Anverwandten gegen einander; infolgedessen dauernde Feindschaft.“³³ Auch heute wird geltend gemacht, dass die weniger konfrontative Atmosphäre des Schiedsverfahrens besonders in Erbstreitigkeiten dazu dienen könne, einen Vergleich zu erzielen und so den Familienfrieden zu erhalten.³⁴

Ob Schiedsverfahren generell besser geeignet sind, eine vergleichsweise Einigung hervorzubringen, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Viel dürfte davon abhängen, wie verhärtet die Fronten sind. Parteien, die grundsätzlich an einer gütlichen Einigung interessiert sind, vergleichen sich nicht selten auch im Verfahren vor den staatlichen Gerichten.³⁵ Geht es hingegen in erster

³⁰ *Lionnet/Lionnet*, Handbuch der internationalen und nationalen Schiedsgerichtsbarkeit, 458; *Lachmann*, Handbuch für die Schiedsgerichtspraxis, Rn. 146–148; ausführlich *Kahlert*, Vertraulichkeit im Schiedsverfahren, 257–290 m. w. N. auch zur Gegenmeinung.

³¹ *Dawirs*, Das letztwillig angeordnete Schiedsgerichtsverfahren, 23 f., 188.

³² Vgl. *Lachmann*, Handbuch für die Schiedsgerichtspraxis, Rn. 146–147.

³³ *Altenrath*, Grundlage und Wirkung des Schiedsspruches, 56.

³⁴ *Schiffer*, in: Böckstiegel, Schiedsgerichtsbarkeit in gesellschaftsrechtlichen und erbrechtlichen Angelegenheiten, 65, 69 f.; *Pawlytta*, ZEV 2003, 89, 89; *Werner*, ZEV 2011, 506, 506 f.; *Maleki*, Islamische Schiedsgerichtsbarkeit, 42 f.

³⁵ Vgl. *Lachmann*, Handbuch für die Schiedsgerichtspraxis, Rn. 169.

Linie darum, um jeden Preis Recht zu behalten, wird es auch einem Schiedsgericht kaum gelingen, einen Vergleich zu vermitteln.³⁶

III. Schnelligkeit

Ein weiterer Vorzug des Schiedsverfahrens soll seine Schnelligkeit sein, die sich sowohl aus der raschen Fallbehandlung durch das Schiedsgericht als auch aus dem Fehlen eines Instanzenzugs ergebe.³⁷ Ob Schiedsgerichte tatsächlich schneller entscheiden als staatliche Gerichte, wird indes unterschiedlich beurteilt.³⁸ Die Beschleunigung durch den fehlenden Instanzenzug relativiert sich dadurch, dass bei weitem nicht alle Zivilverfahren vor den staatlichen Gerichten in die Berufung gehen.³⁹

Die Geschwindigkeit des Schiedsverfahrens hängt – wie seine Vertraulichkeit – entscheidend davon ab, ob die Parteien das Verfahren und seinen Ausgang grundsätzlich akzeptieren. Einer schiedsunwilligen Partei stehen nämlich von der Verweigerung der Mitwirkung bei der Schiedsrichterbestellung bis hin zur Aufhebungsklage etliche Möglichkeiten zu Gebote, das Verfahren erheblich zu verzögern.⁴⁰ Ein Testator, der durch eine letztwillige Schiedsverfügung für eine schnellere Streitentscheidung sorgen will, muss also abwägen, für wie wahrscheinlich er es hält, dass sich die Parteien auf das Verfahren einlassen.

IV. Sachkunde und Unabhängigkeit der Schiedsrichter

Während die Geschäftsverteilungspläne der staatlichen Gerichte dafür sorgen, dass möglichst niemand Einfluss darauf nehmen kann, welcher Spruchkörper den Rechtsstreit entscheidet, bestimmt bei einer letztwilligen Schiedsverfügung der Erblasser, wie die Schiedsrichter zu wählen sind. Hat er keine Anordnung getroffen, kommt § 1035 Abs. 3 ZPO zur Anwendung: Ein Einzelschiedsrichter wird vom zuständigen OLG ernannt (§ 1062 Abs. 2 Nr. 1 ZPO), wenn sich die Parteien nicht einigen können. Ein Dreierschiedsgericht

³⁶ Hierauf weist *K. W. Lange*, *Erbrecht*, § 31 Rn. 55 zu Recht hin.

³⁷ *Ebbing*, *Private Zivilgerichte*, 81 f.; *Schwab/Walter*, *Schiedsgerichtsbarkeit*, Kap. 1 Rn. 8; *Schütze*, *Schiedsgericht und Schiedsverfahren*, Rn. 41; *Rosenberg/Schwab/Gottwald*, *Zivilprozessrecht*, § 175 Rn. 6.

³⁸ Geteilter Befund z.B. bei *MüKo-ZPO-Münch*, *Vorbemerkung zu § 1025 ZPO*, Rn. 89; diff. auch *F. Harder*, *Das Schiedsverfahren im Erbrecht*, 22 f. und *Wegmann*, *ZEV* 2003, 20, 22.

³⁹ *Hommerich/Prütting/Ebers u. a.*, *Rechtstatsächliche Untersuchung zu den Auswirkungen der Reform des Zivilprozessrechts auf die gerichtliche Praxis*, 278, berichten von einer Berufungsquote in Zivilsachen von 26,8 % bzw. 39,8 % im Jahr 2004, je nachdem, ob man alle erstinstanzlichen Urteile zu Grunde legt (dann 26,8 %) oder nur die berufungsfähigen Urteile (dann 39,8 %).

⁴⁰ Vgl. *Zack*, *Arb. J.* 11 (1956), 179, 191: „[...] as in all other arbitration contexts, losing parties frequently invoke the courts, claiming the whole procedure was illegal and unjust.“

wird gebildet, indem jede Partei einen Schiedsrichter ernennt und diese beiden Schiedsrichter dann den Vorsitzenden bestimmen. Stets kann bei der Auswahl der Schiedsrichter auf deren Sachkunde geachtet werden, was auch in erbrechtlichen Streitigkeiten einen Vorteil des Schiedsverfahrens gegenüber dem staatlichen Verfahren begründet.⁴¹ So können Schiedsrichter gewählt werden, die über Spezialkenntnisse im Erbrecht verfügen oder sogar in der erbrechtlichen Teilmaterie, um die es geht, besonders bewandert sind.

Die Möglichkeit, gezielt bestimmte Schiedsrichter auszuwählen, bringt allerdings den Nachteil mit sich, dass dies zugleich Zweifel an der Unabhängigkeit der Schiedsrichter wecken kann.⁴² Zum einen entsteht bei einem parteibenannten Schiedsrichter leicht der Eindruck, dieser sei „seiner“ Partei besonders verpflichtet.⁴³ Zum anderen äußert sich Sachkunde häufig durch entsprechende Fachpublikationen, in denen der Schiedsrichter als Autor zu manchen Fragen bereits Stellung bezogen haben kann. Obwohl literarische Äußerungen in aller Regel keine Besorgnis der Befangenheit begründen,⁴⁴ dürften sich manche Parteien zu einem Ablehnungsantrag herausgefordert fühlen, was das Schiedsverfahren notwendigerweise verzögert.

V. Kosten

Ein letztwillig verfügbares Schiedsverfahren ist in der Regel teurer als ein Verfahren vor den staatlichen Gerichten. Das gilt insbesondere bei einem Schiedsgericht, das mit drei Schiedsrichtern besetzt ist. Doch auch ein Einzelschiedsrichter wird sich nur selten mit einem Honorar in Höhe der staatlichen Gerichtsgebühren zufrieden geben.⁴⁵ Nur bei sehr hohen Streitwerten oder wenn das Verfahren vor den staatlichen Gerichten alle drei Instanzen

⁴¹ Pawlytta, ZEV 2003, 89, 89; Grunsky, in: FS H. P. Westermann, 255, 255; Haas, ZEV 2007, 49, 49; Werner, ZEV 2011, 506, 507; aus US-amerikanischer Perspektive Strong, Vand. J. Transnat'l L. 45 (2012), 1157, 1184 f.

⁴² Wegmann, ZEV 2003, 20, 22; F. Harder, Das Schiedsverfahren im Erbrecht, 17 f.; Dawirs, Das letztwillig angeordnete Schiedsgerichtsverfahren, 21; vgl. auch BGH, Beschl. v. 10.3.2016 – I ZB 99/14, NJW-RR 2016, 892, 893 (Rn. 15).

⁴³ Lachmann, Handbuch für die Schiedsgerichtspraxis, Rn. 972; MüKo-ZPO-Münch, Vorbemerkung zu § 1025 ZPO, Rn. 92; Elsing, SchiedsVZ 2019, 16, 18–20.

⁴⁴ Lachmann, Handbuch für die Schiedsgerichtspraxis, Rn. 1011; Schütze, Schiedsgericht und Schiedsverfahren, Rn. 124; MüKo-ZPO-Münch, § 1036 ZPO, Rn. 38.

⁴⁵ Die Deutsche Schiedsgerichtsbarkeit für Erbstreitigkeiten e.V. veranschlagt beispielsweise nach § 13 Abs. 6 ihrer Schiedsordnung 2,5 Schiedsrichtergebühren für die Erledigung eines Verfahrens durch Schiedsspruch, wobei eine Schiedsrichtergebühr 1,3 Gebühren nach RVG entspricht. Mit Umsatzsteuer liegt dieser Betrag bis zu einem Streitwert von 1 Mio. Euro stets über den 3,0 GKG-Gebühren, die im ersten Rechtszug anfallen. Die Schiedsordnung ist unter <<https://www.dse-erbrecht.de/PDF/schiedsordnung.pdf>> abrufbar (Stand: 21.11.2019).

Rechtsprechungsverzeichnis

I. Europäischer Gerichtshof

<i>Eco Swiss</i> , 1.6.1999 – C-126/97, EuZW 1999, 565	231
<i>Kubicka</i> , 12.10.2017 – C-218/16, NJW 2017, 3767.....	270
<i>Powell Duffryn</i> , 10.3.1992 – C-214/89, NJW 1992, 1671.....	275, 276

II. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

<i>Eiffage S.A. c. Suisse</i> , 15.9.2009 – 1742/05.....	137
<i>Mutu et Pechstein c. Suisse</i> , 2.10.2018 – 40575/10 und 67474/10	137–140
<i>Suda c. République Tchèque</i> , 28.10.2010 – 1643/06.....	137, 138
<i>Tabbane c. Suisse</i> , 1.3.2016 – 41069/12.....	137
<i>Transportes Fluviais do Sado S.A. c. Portugal</i> , 16.12.2003 – 35943/02.....	137

III. Deutsche Gerichte

1. Preußisches Obertribunal

Preußisches Obertribunal, Urt. v. 25.6.1858 – o. Az., Strieth. Arch. 31, 4	31, 32, 309
---	-------------

2. Reichsgericht

Urt. v. 30.3.1892 – V 255/91, RGZ 29, 29	178
Urt. v. 29.4.1907 – IV 506/06, RGZ 66, 103	32
Urt. v. 16.11.1908 – VI 607/07, RGZ 69, 422	224
Urt. v. 17.2.1913 – IV 528/12, Gruch 1913, 1021	198
Urt. v. 26.3.1917 – IV 398/16, RGZ 90, 91	176
Urt. v. 27.9.1920 – IV 2/20, RGZ 100, 76	3, 38, 48, 185
Urt. v. 30.10.1924 – VI 106/24, JW 1925, 2608	165
Beschl. v. 26.3.1931 – II B 5/31, RGZ 132, 138.....	231
Urt. v. 23.6.1931 – VII 237/30, RGZ 133, 128	3, 210, 228, 232, 234
Urt. v. 4.1.1932 – IV 353/31, RGZ 135, 305	181
Urt. v. 8.6.1932 – VII 49/32, RGZ 137, 109.....	178
Urt. v. 29.11.1934 – VI 331/34, RGZ 146, 97	224
Urt. v. 3.2.1936 – IV 139/35, RGZ 150, 189	181, 182
Urt. v. 22.12.1936 – VII 178/36, RGZ 153, 193	215
Urt. v. 5.2.1937 – VII 168/36, RGZ 153, 267.....	39, 51, 287

3. Bundesverfassungsgericht

Urt. v. 20.3.1956 – 1 BvR 479/55, BVerfGE 5, 412	129
Urt. v. 3.7.1962 – 2 BvR 628/60, BVerfGE 14, 156	129
Beschl. v. 24.2.1971 – 1 BvR 435/68, BVerfGE 30, 173 – <i>Mephisto</i>	144
Beschl. v. 3.7.1973 – 1 BvR 153/69, BVerfGE 35, 348	126, 135
Beschl. v. 23.4.1974 – 1 BvR 6/74, BVerfGE 37, 132	135
Beschl. v. 7.12.1977 – 1 BvR 734/77, BVerfGE 46, 325	135
Beschl. v. 27.9.1978 – 1 BvR 361/78, BVerfGE 49, 220	136
Beschl. v. 11.6.1980 – 1 PBvU 1/79, BVerfGE 54, 277	122
Beschl. v. 9.7.1980 – 2 BvR 701/80, BVerfGE 55, 1	132
Beschl. v. 30.10.1980 – 1 BvR 1379/80, BVerfGE 60, 1	133
Beschl. v. 3.11.1981 – 1 BvL 11/77, BVerfGE 58, 377	142, 161
Beschl. v. 16.10.1984 – 1 BvR 513/78, BVerfGE 67, 329	142, 161
Beschl. v. 18.6.1985 – 2 BvR 414/84, BVerfGE 70, 180	132
Beschl. v. 14.7.1987 – 1 BvR 537/81, BVerfGE 76, 171	145
Beschl. v. 26.4.1988 – 1 BvL 84/86, BVerfGE 78, 104	126
Beschl. v. 13.3.1990 – 2 BvR 94/88, BVerfGE 81, 347	126
Beschl. v. 12.2.1992 – 1 BvL 1/89, BVerfGE 85, 337	122
Beschl. v. 2.3.1993 – 1 BvR 249/92, BVerfGE 88, 118	122
Beschl. v. 19.10.1993 – 1 BvR 567/89, BVerfGE 89, 214 –	
<i>Angehörigenbürgerschaft</i>	242
Beschl. v. 14.12.1994 – 1 BvR 720/90, BVerfGE 91, 346	143
Beschl. v. 22.6.1995 – 2 BvR 552/91, BVerfGE 93, 165	143
Beschl. v. 28.10.1997 – 1 BvR 1644/94, BVerfGE 97, 1	143
Beschl. v. 19.1.1999 – 1 BvR 2161/94, BVerfGE 99, 341	142, 143, 162
Beschl. v. 16.3.1999 – 1 BvR 734/98, NJW 2000, 199	145
Urt. v. 7.12.1999 – 2 BvR 1533/94, BVerfGE 101, 275	122
Beschl. v. 18.1.2000 – 1 BvR 321/96, BVerfGE 101, 397	144
Beschl. v. 28.8.2000 – 1 BvR 2707/95, NJW 2001, 594	144
Urt. v. 12.3.2003 – 1 BvR 330/96, BVerfGE 107, 299	135
Beschl. v. 30.4.2003 – 1 PBvU 1/02, BVerfGE 107, 395	121, 122, 132, 133
Beschl. v. 22.3.2004 – 1 BvR 2248/01, NJW 2004, 2008 –	
<i>Hohenzollern</i>	30, 141
Beschl. v. 19.4.2005 – 1 BvR 1644/00, BVerfGE 112, 332 –	
<i>Pflichtteil</i>	134, 135, 136, 142, 159, 161, 221
Beschl. v. 29.8.2005 – 1 BvR 219/05, NJW-RR 2005, 1600	198
Beschl. v. 22.8.2006 – 1 BvR 1168/04, NJW 2006, 3409 – <i>Marlene Dietrich</i>	144
Beschl. v. 25.9.2006 – 1 BvR 1898/03, NJW-RR 2007, 840	145
Beschl. v. 8.11.2006 – 2 BvR 578/02, BVerfGE 117, 71	122
Beschl. v. 19.12.2007 – 1 BvR 1533/07, NVwZ 2008, 549	144
Beschl. v. 14.10.2008 – 1 BvR 2310/06, BVerfGE 122, 39	126
Beschl. v. 15.1.2009 – 2 BvR 2044/07, BVerfGE 122, 248	122, 123
Beschl. v. 25.3.2009 – 1 BvR 909/08, NJW-RR 2010, 156	141
Beschl. v. 5.11.2013 – 1 BvR 2544/12, NJW 2014, 681	126
Beschl. v. 22.3.2018 – 2 BvR 780/16, NJW 2018, 1935	129
Urt. v. 12.06.2018 – 2 BvR 1738/12, BVerfGE 148, 296 –	
<i>Streikverbot für Beamte</i>	162, 163, 242
Beschl. v. 26.11.2018 – 1 BvR 1511/14, ZEV 2019, 79	134

4. Bundesgerichtshof

Urt. v. 8.5.1952 – IV ZR 208/51, BGHZ 6, 76	207
Beschl. v. 17.6.1952 – V BLw 5/52, BGHZ 6, 248.....	236
Urt. v. 25.6.1952 – II ZR 104/51, BGHZ 6, 335.....	213, 215
Urt. v. 17.10.1956 – IV ZR 137/56, NJW 1956, 1920	179
Urt. v. 20.12.1956 – II ZR 177/55, BGHZ 23, 17	201
Urt. v. 30.1.1957 – V ZR 80/55, BGHZ 23, 198.....	156
Urt. v. 28.2.1957 – VII ZR 204/56, BGHZ 24, 15	178, 180
Urt. v. 30.4.1959 – VII ZR 191/57, NJW 1959, 1493	209, 211, 214, 215
Urt. v. 10.2.1960 – V ZR 39/58, BGHZ 32, 60.....	176
Urt. v. 22.12.1960 – VII ZR 92/59, BB 1961, 264.....	210
Urt. v. 28.11.1963 – VII ZR 112/62, BGHZ 40, 320	272
Urt. v. 22.1.1964 – V ZR 37/62, BGHZ 41, 23.....	32
Urt. v. 22.5.1967 – VII ZR 188/64, BGHZ 48, 35	165
Urt. v. 26.10.1967 – VII ZR 86/65, BGHZ 49, 1	177
Urt. v. 20.3.1968 – I ZR 44/66, BGHZ 50, 133 – <i>Mephisto</i>	144
Urt. v. 7.1.1971 – VII ZR 160/69, BGHZ 55, 162	298
Urt. v. 28.2.1972 – II ZR 151/69, NJW 1972, 827.....	214
Urt. v. 6.12.1978 – IV ZR 82/77, BGHZ 73, 29	172
Beschl. v. 9.4.1981 – IVa ZB 6/80, BGHZ 80, 246	171
Urt. v. 8.12.1982 – IVa ZR 94/81, BGHZ 86, 41	184
Urt. v. 17.5.1984 – I ZR 73/82, GRUR 1984, 907 – <i>Frischzellenkosmetik</i>	144
Urt. v. 26.9.1985 – III ZR 16/84, BGHZ 96, 40.....	306
Urt. v. 16.06.1987 – IVa ZR 74/86, NJW-RR 1987, 1410	42
Urt. v. 15.1.1988 – V ZR 183/86, BGHZ 103, 72.....	224
Urt. v. 21.12.1988 – VIII ZR 277/87, NJW 1989, 2133	177
Urt. v. 26.9.1990 – IV ZR 131/89, BGHZ 112, 229.....	226
Urt. v. 24.6.1991 – II ZR 58/90, FamRZ 1992, 50.....	207
Urt. v. 10.10.1991 – III ZR 141/90, BGHZ 115, 324	239
Urt. v. 19.12.1991 – IX ZR 96/91, BGHZ 117, 1	182, 183
Urt. v. 7.10.1992 – IV ZR 160/91, NJW 1993, 256	184
Urt. v. 12.5.1993 – IV ZR 227/92, NJW 1993, 2171	198
Urt. v. 30.11.1994 – IV ZR 290/93, BGHZ 128, 125	198
Urt. v. 3.2.1995 – V ZR 222/93, NJW 1995, 1360.....	213, 214
Urt. v. 6.11.1997 – III ZR 177/96, NJW 1998, 1388.....	213, 214
Beschl. v. 24.9.1998 – II ZR 133/97, NJW 1999, 282	239
Urt. v. 3.4.2000 – II ZR 373/98, BGHZ 144, 146 – <i>Körbuch</i>	121, 122, 131, 132, 276, 287
Urt. v. 14.9.2000 – III ZR 33/00, BGHZ 145, 116.....	126
Beschl. v. 6.6.2002 – III ZB 44/01, BGHZ 151, 79	190
Beschl. v. 20.11.2003 – III ZB 24/03, ZInsO 2004, 88	178, 179
Urt. v. 19.7.2004 – II ZR 65/03, BGHZ 160, 127	231
Urt. v. 13.1.2005 – III ZR 265/03, BGHZ 162, 9.....	190, 191
Urt. v. 26.1.2005 – IV ZR 296/03, FamRZ 2005, 614	172
Urt. v. 28.9.2005 – IV ZR 82/04, BGHZ 164, 181.....	207
Urt. v. 26.1.2006 – IX ZR 282/03, ZInsO 2006, 260	
Beschl. v. 8.9.2007 – III ZB 95/06, SchiedsVZ 2008, 40.....	298

Beschl. v. 27.11.2008 – III ZB 59/07 (juris).....	189
Beschl. v. 29.1.2009 – III ZB 88/07, BGHZ 179, 304	178
Urt. v. 5.11.2009 – IX ZR 239/07, BGHZ 183, 77	182, 183
Urt. v. 14.4.2010 – IV ZR 135/08, FamRZ 2010, 1068	187, 198
Urt. v. 8.6.2010 – XI ZR 349/08, SchiedsVZ 2011, 46.....	272
Urt. v. 2.12.2010 – IX ZR 247/09, BGHZ 187, 337	183
Urt. v. 25.1.2011 – XI ZR 350/08, SchiedsVZ 2011, 157	272
Beschl. v. 28.3.2012 – III ZB 63/10, BGHZ 193, 38	298
Urt. v. 22.10.2013 – XI ZR 42/12, BGHZ 198, 294	182
Beschl. v. 27.11.2013 – II ZB 59/13, BGHZ 199, 159.....	183, 184
Urt. v. 5.8.2014 – III ZR 371/12, SchiedsVZ 2014, 151	270
Beschl. v. 3.3.2016 – IX ZB 33/14, BGHZ 209, 168	183, 184
Beschl. v. 10.3.2016 – I ZB 99/14, NJW-RR 2016, 892.....	10, 131
Urt. v. 7.6.2016 – KZR 6/15, BGHZ 210, 292 – <i>Pechstein</i>	121, 122
Beschl. v. 9.8.2016 – I ZB 1/15, NJW 2017, 488	178
Beschl. v. 16.3.2017 – I ZB 49/16, ZEV 2017, 416.....	2, 4, 11, 39, 50, 53, 54, 127, 134, 155, 160, 175, 219, 238
Beschl. v. 16.3.2017 – I ZB 50/16, NJW 2017, 2115.....	2, 4, 11, 39, 50, 53, 54, 127, 134, 155, 160, 175, 219, 238
Beschl. v. 5.4.2017 – IV AR(VZ) 2/16, NJW 2017, 1819.....	6
Beschl. v. 17.5.2017 – IV ZB 25/16, BGHZ 215, 109.....	2, 4, 50, 57, 150, 160, 228, 230, 232, 234, 235, 236
Beschl. v. 8.11.2018 – I ZB 21/18 (juris).....	3, 160, 213, 228, 230, 232, 234, 235, 299

5. Bundesarbeitsgericht

BAG, Urt. v. 23.8.1963 – 1 AZR 469/62, NJW 1964, 268.....	130, 131
BAG, Urt. v. 18.3.2003 – 3 AZR 101/02, NZA 2004, 1099.....	98

6. Oberlandesgerichte

BayObLG, Beschl. v. 1.6.1956 – 1 Z 21/56, BayObLGZ 1956, 186	3, 160
BayObLG, Beschl. v. 6.3.1964 – 1 Z 16/64, BayObLGZ 1964, 94	170
BayObLG, Beschl. v. 29.7.1969 – 1b Z 35/69, BayObLGZ 1969, 184	199
BayObLG, Beschl. v. 24.2.1984 – 3 Z 197/83, MDR 1984, 496.....	200
BayObLG, Beschl. v. 30.4.1998 – 1Z BR 187/97, FamRZ 1999, 334.....	199
BayObLG, Beschl. v. 19.10.2000 – 1Z BR 116/99, BayObLGZ 2000, 279	199
HansOLG, Urt. v. 24.4.1881 – o. Az., SeuffArch 7 (1882), 223	31, 32, 309
HansOLG, Urt. v. 17.2.1989 – 1 U 86/87, RIW 1989, 574	270
HansOLG, Beschl. v. 8.5.1989 – 3 W 45/89, NJW 1990, 1995	144
HansOLG, Beschl. v. 21.12.2012 – 6 Sch 19/12, SchiedsVZ 2013, 180	188
HansOLG, Beschl. v. 4.12.2014 – 2 W 58/14, MittBayNot 2016, 261.....	299
HansOLG, Beschl. v. 1.7.2015 – 2 W 19/15, FamRZ, 403	192
KG, Beschl. v. 19.5.1958 – 1 W 1482/58, NJW 1958, 2071	181
KG, Urt. v. 3.2.1975 – 12 U 1157/74, OLGZ 1975, 355.....	199
KG, Beschl. v. 29.11.2005 – 1 W 180/03, FamRZ 2006, 559	181
KG, Beschl. v. 29.1.2016 – 6 W 107/15 (juris)	3, 199, 240

OLG Celle, Beschl. v. 11.12.2015 – 6 W 204/15, FamRZ 2016, 847	3, 4, 52, 169, 186, 200, 204, 205, 224
OLG Düsseldorf, Urt. v. 17.11.1995 – 17 U 103/95 (juris).....	270
OLG Frankfurt, Beschl. v. 10.5.2010 – 20 W 4/10, ZEV 2011, 135.....	299
OLG Frankfurt, Urt. v. 4.5.2012 – 8 U 62/11 (juris).....	3, 6, 7, 42, 187, 195, 205
OLG Frankfurt, Beschl. v. 17.1.2013 – 26 Sch 24/12, SchiedsVZ 2013, 341	190
OLG Hamm, Urt. v. 8.10.1990 – 8 U 38/90, NJW-RR 1991, 455	3, 43, 169, 224
OLG Hamm, Beschl. v. 11.9.2015 – I-15 W 142/15, FamRZ 2016, 411	170
OLG Karlsruhe, Urt. v. 12.1.1994 – 1 U 92/93, NJW-RR 1994, 905	217, 229
OLG Karlsruhe, Beschl. v. 16.11.2007 – 10 Sch 6/07, BeckRS 2009, 29357	3, 6, 210
OLG Karlsruhe, Beschl. v. 28.7.2009 – 11 Wx 94/07, NJW 2010, 688.....	3, 4, 155, 160, 228, 232, 234
OLG Kiel, Urt. v. 8.12.1911 – U II 115/11, SchIHA 1912, 65.....	3, 32, 38, 240
OLG Koblenz, Beschl. v. 12.6.2008 – 2 SchH 2/08, SchiedsVZ 2008, 262	3
OLG Köln, Urt. v. 26.6.1975 – 10 U 215/74, FamRZ 1976, 170	300
OLG Königsberg, Urt. v. 17.8.1937 – 2 U 73/37, HRR 1938, Nr. 210	180
OLG München, Urt. v. 28.9.1973 – 19 U 1932/73, NJW 1974, 703.....	176
OLG München, Beschl. v. 12.2.2008 – 34 SchH 6/07, MDR 2008, 943	189
OLG München, Beschl. v. 16.4.2012 – 31 Wx 45/12, ZEV 2012, 591.....	299
OLG München, Beschl. v. 25.4.2016 – 34 Sch 12/15, ZEV 2016, 334.....	127
OLG München, Beschl. v. 25.4.2016 – 34 Sch 13/15, SchiedsVZ 2016, 233	127
OLG München, Beschl. v. 13.10.2017 – 34 SchH 8/17, FamRZ 2018, 533	3, 185, 217, 291
OLG München, Beschl. v. 25.10.2017 – 18 U 1202/17, FamRZ 2018, 1035	3, 4, 160, 175, 219, 221

7. Landgerichte

LG Bonn, Urt. v. 5.12.2002 – 18 O 301/02, NJW-RR 2004, 10.....	42
LG Hechingen, Beschl. v. 7.12.2000 – 3 T 15/96, FamRZ 2000, 721	200
LG Heidelberg, Urt. v. 22.10.2013 – 2 O 128/13, ZEV 2014, 310	3, 4, 155, 175, 219
LG Mainz, Urt. v. 17.4.2008 – 1 O 405/06, SchiedsVZ 2008, 263	3, 208
LG München II, Urt. v. 24.2.2017 – 13 O 5937/15, ZEV 2017, 274	4, 221
LG Stuttgart, Beschl. v. 9.8.1977 – 2 T 549/77, BWNotZ 1978, 164.....	181

IV. Ausländische Gerichte

1. England und Wales

<i>Crociani v. Crociani</i> , [2014] UKPC 40.....	263
---	-----

2. Österreich

OGH, 20.3.1957 – 1 Ob 171/57, JBI 1957, 595	248
---	-----

3. Schweiz

OG Zürich, 1.10.1980 – o. Az., ZR 1981, 26	255
OG Zürich, 16.2.1987 – o. Az., ZR 1989, 239.....	255, 257

4. USA

<i>American Board of Com'rs v. Ferry</i> , 15 F. 696 (U.S. Sup. Ct. 1883).....	62, 63
<i>American Bureau of Shipping v. Tencara Shipyard S.P.A.</i> , 170 F.3d 349 (2nd Cir. 1999).....	85
<i>Archer v. Archer</i> , 2014 Tex. App. LEXIS 6551 (Tex. Ct. App. 2014)	38, 87
<i>Arthur Andersen LLP v. Carlisle</i> , 556 U.S. 624 (U.S. Sup. Ct. 2009).....	91
<i>Barbey, In re Estate of</i> , 177 Misc. 898 (N.Y. Sur. Ct. 1941)	63
<i>Benton v. Vanderbilt Univ.</i> , 137 S.W.3d 614 (Tenn. Sup. Ct. 2004)	91
<i>Berger v. Berger</i> , 437 N.Y.S.2d 690 (N.Y. App. Div. 1981)	75
<i>Buckeye Check Cashing, Inc. v. Cardegna</i> , 546 U.S. 440 (U.S. Sup. Ct. 2006).....	118
<i>Calomiris, In re</i> , 894 A.2d 408 (D.C. Ct. App. 2006)	76, 82, 83, 84, 86, 114, 115, 228, 256
<i>Carpenter, In re Estate of</i> , 60 P. 162 (Cal. Sup. Ct. 1900).....	75
<i>Couts v. Holland</i> , 107 S.W. 913 (Tex. Ct. App. 1908)	62, 63
<i>Diaz v. Bukey</i> , 125 Cal. Rptr. 3d 610 (Cal. Ct. App. 2011).....	76, 83, 114, 228
<i>Diaz v. Bukey</i> , 287 P.3d 67 (Cal. Sup. Ct. 2012)	83
<i>Diggs v. Lingo</i> , 2014 Tenn. App. LEXIS 869 (Tenn. Ct. App. 2014).....	76, 88, 92, 228
<i>Dragan v. Miller</i> , 679 F.2d 712 (7th Cir. 1982)	67
<i>E.I. DuPont de Nemours & Co. v. Rhone Poulenc Fiber & Resin Intermediates, S.A.S.</i> , 269 F.3d 187 (3rd Cir. 2001)	91, 93
<i>Ellis v. Davis</i> , 109 U.S. 485 (U.S. Sup. Ct. 1883)	67
<i>Epic Sys. Corp. v. Lewis</i> , 584 U.S. ____ (U.S. Sup. Ct. 2018).....	78
<i>FirstMerit Bank, N.A., In re</i> , 52 S.W.3d 749 (Tex. Sup. Ct. 2001)	85
<i>Genger v. Genger</i> , 252 F. Supp. 3d 362 (S.D.N.Y. 2017).....	73
<i>Grant v. Stephens</i> , 200 S.W. 893 (Tex. Ct. App. 1917)	62, 63
<i>Greene v. Huntington</i> , 46 A. 883 (Conn. Sup. Ct. 1900)	63
<i>Hall Street Associates, L.L.C. v. Mattel, Inc.</i> , 552 U.S. 576 (U.S. Sup. Ct. 2008)	79
<i>Hoffman v. Citibank, N.A.</i> , 546 F.3d 1078 (9th Cir. 2008).....	78
<i>Int'l Paper Co. v. Schwabedissen Maschinen & Anlagen GmbH</i> , 206 F.3d 411 (4th Cir. 2000)	85
<i>Jacobovitz, In re Will of</i> , 295 N.Y.S.2d 527 (N.Y. Sur. Ct. 1968).....	75
<i>Jones v. Fink</i> , 2011 Ariz. App. Unpub. LEXIS 455 (Ariz. Ct. App. 2011).....	76, 105, 110, 228
<i>Kellogg Brown & Root, Inc., In re</i> , 166 S.W.3d 732 (Tex. Sup. Ct. 2005).....	86, 90
<i>Lydick v. Lydick</i> , 76 P.2d 876 (Kan. Sup. Ct. 1938)	63
<i>Markham v. Allen</i> , 326 U.S. 490 (U.S. Sup. Ct. 1946).....	67
<i>Marmet Health Care Ctr., Inc. v. Brown</i> , 565 U.S. 530 (U.S. Sup. Ct. 2012)	78
<i>Marshall v. Marshall</i> , 547 U.S. 293 (U.S. Sup. Ct. 2006)	67
<i>Matter of Blumenkrantz</i> , 824 N.Y.S.2d 884 (N.Y. Sur. Ct. 2006).....	77

<i>McArthur v. McArthur</i> , 224 Cal. App. 4th 651 (Cal. Ct. App. 2014)	83, 88, 90, 91, 100, 163, 164, 193, 196
<i>McNeil v. McNeil</i> , 798 A.2d 503 (Del. Sup. Ct. 2002).....	77
<i>Meredith, In re Estate of</i> , 266 N.W. 351 (Mich. Sup. Ct. 1936).....	75, 76
<i>Metro E. Ctr. for Conditioning & Health v. Qwest Communs. Int 'l</i> , 294 F.3d 924 (7th Cir. 2002).....	78
<i>Mitsubishi Motors Corp. v. Soler Chrysler-Plymouth, Inc.</i> , 473 U.S. 508 (U.S. Sup. Ct. 1985).....	231
<i>Moore v. Harper</i> , 27 W.Va. 362 (W. Va. Sup. Ct. 1886).....	62, 63, 80, 81
<i>Moses H. Cone Mem'l Hosp. v. Mercury Constr. Corp.</i> , 460 U.S. 1 (U.S. Sup. Ct. 1983)	78
<i>Nations v. Ulmer</i> , 139 S.W.2d 352 (Tex. Ct. App. 1940).....	62, 63
<i>Nestorovski, In re Estate of</i> , 769 N.W.2d 720 (Mich. Ct. App. 2009)	76
<i>Phillips's Estate, In re</i> , 10 Pa.C. 374 (Pa. County Ct. 1884).....	63
<i>Pinnacle Museum Tower Assn. v. Pinnacle Market Development (US), LLC</i> , 282 P.3d 1217 (Cal. Sup. Ct. 2012).....	83
<i>Pray v. Belt</i> , 26 U.S. 670 (U.S. Sup. Ct. 1828).....	63, 309
<i>Prima Paint Corp. v. Flood & Conklin Mfg. Co.</i> , 388 U.S. 395 (U.S. Sup. Ct. 1967)	117
<i>Rachal v. Reitz</i> , 403 S.W.3d 840 (Tex. Sup. Ct. 2013)	24, 76, 86, 87, 88, 90, 91, 93, 114, 142, 147, 149, 163, 228
<i>Rapid Settlements, Ltd. v. SSC Settlements, LLC</i> , 251 S.W.3d 129 (Tex. Ct. App. 2008).....	89
<i>Reilly's Estate, In re</i> , 49 A. 939 (Pa. Sup. Ct. 1901).....	63
<i>Sapic v. Gov't of Turkmenistan</i> , 345 F.3d 347 (5th Cir. 2003).....	91
<i>Schoneberger v. Oelze</i> , 96 P.3d 1078 (Ariz. Ct. App. 2004).....	76, 82, 96, 99, 105, 114, 228
<i>Southland Corp. v. Keating</i> , 465 U.S. 1 (U.S. Sup. Ct. 1984).....	78
<i>Struck v. Cook County Public Guardian</i> , 508 F.3d 858 (7th Cir. 2007)	67
<i>Talladega College v. Callanan</i> , 197 N.W. 635 (Iowa Sup. Ct. 1924).....	62, 63
<i>Taylor v. McClave</i> , 15 A.2d 213 (N.J. Ch. 1940).....	63
<i>Todd v. Steamship. Mut. Underwriting Ass'n (Bermuda) Ltd.</i> , 601 F.3d 329 (5th Cir. 2010).....	91
<i>Wait v. Huntington</i> , 40 Conn. 9 (Conn. Sup. Ct. 1873).....	63
<i>Weekley Homes, L.P., In re</i> , 180 S.W.3d 127 (Tex. Sup. Ct. 2005).....	86, 90
<i>Zisman v. Leshner</i> , 2008 U.S. Dist. LEXIS 86792 (M.D. Fla. 2008).....	77

V. Schiedsgerichte

Schiedsgericht Hamburg, 5.5.2009 – o. Az., SchiedsVZ 2010, 173	127
--	-----

Sachverzeichnis

- ACTEC *siehe* American College of Trust and Estate Counsel
- ACTEC-Modellgesetz 103 f., 112
- actio familiae erciscundae* 208, 216
- actio in factum* 18
- ad pias causas* (Zuwendung) 20
- Adel 29 f.
- administrator* 60
- ADR *siehe* *Alternative Dispute Resolution agreement to arbitrate* 81
- Alfani, Giovanni Battista* 21–25
- allgemeiner Justizgewährungsanspruch *siehe* Justizgewährungsanspruch
- Alternative Dispute Resolution* 3 f., 38, 110
- American College of Trust and Estate Counsel* 101
- amiable compositeur* *siehe* *ex aequo et bono*
- Anerkennung
- anwendbares Recht 294–296
 - Prüfung des Schiedsspruchs 296–300
 - Zuständigkeit 293
- Anfechtung letztwilliger Verfügungen 192
- Anspruch
- materieller 182
 - prozessualer 182 f.
- Anwachsung 194
- Anwaltszwang 11
- arbitrage*
- *forcé* 138 f.
 - *volontaire* 138 f.
- Arizona 105 f.
- asymmetrische Schiedsverfügung 239
- Auflage
- Schiedsbindung des Vollziehungsanspruchs 217 f.
 - Schiedsverfügung als Auflage 47 f., 225, 256, 311 f.
- Aufwendungsersatzanspruch 179 f.
- Ausantwortungsanspruch 181 f.
- Auseinandersetzung *siehe* Erbauseinandersetzung
- Auslegung 184–186
- Ausschlagung 147 f.
- äußerer Entscheidungseinklang 269, 307
- Aussetzung des Verfahrens 199, 201 f.
- Austrag 26 f., 57, 309
- Erbaustrag 26 f., 309
 - Unterschied zum Schiedsverfahren 27 f.
- Austrägalgericht *siehe* Austrag
- authentische Interpretation 31, 309
- bayerische Zivilprozessordnung 34 f., 309 f.
- Beauftragter (Erbenhaftung) 197 f.
- Befreiungsvermächtnis 230
- Belastung der Zuwendung 159–165
- beneficiary* 60
- Beschränkung und Beschwerde (§ 2306 BGB) 224–228
- Billigkeitsentscheidung *siehe* *ex aequo et bono*
- capacity litigation* 79, 97, 112, 193
- CAS *siehe* *Court of Arbitration for Sport Codex Iuris Bavarici Iudiciarii* 25, 33 f., 309
- commercial trust* 69 f.
- compromissum* 17–19, 21
- constructive trust* 70
- Court of Arbitration for Sport* 138
- declaration of trust* 95 f.
- Deutsche Schiedsgerichtsbarkeit für Erbstreitigkeiten 4
- direct benefits estoppel* 84–88, 149, 310
- als Ausprägung der *equity* 92 f.
 - Reichweite der Schiedsbindung 88–91

- Übertragbarkeit auf das deutsche Recht 152 f.
- diversity jurisdiction* 66
- donative intent* 60
- donor* 60
- Dreißigster 171 f.
- Drittbestimmungsverbot (§ 2065 BGB) 185 f., 212
- DSE *siehe* Deutsche Schiedsgerichtsbarkeit für Erbstreitigkeiten

- Ehe (gemeinschaftliches Testament) 41 f.
- EMRK 137–140
- England und Wales 262–265
- Entlassung des Testamentsvollstreckers 232–237
- Entscheidungseinklang 269, 307
- episcopalis audientia* 19 f.
- Erbauseinandersetzung 206 f., 208–217
 - nach billigem Ermessen 210–217
 - nach Gesetz 209 f.
 - durch einen Notar 208 f.
 - durch einen Testamentsvollstrecker 228 f.
- Erbe
 - gesetzlicher 169–171, 196
 - gewillkürter 169
- Erbengemeinschaft
 - Auseinandersetzung 208–217
 - Verwaltung 207 f.
- Erbfallschulden 175 f.
- Erblasserschulden 175 f.
- Erbschaftsanspruch (§ 2018 BGB) 187
- Erbscheinsverfahren 197–202
 - Aussetzung 199, 201 f.
 - Bindungswirkung des Schiedsspruchs 200 f.
 - Koordination mit Schiedsverfahren 199 f.
 - Koordination mit Streitigem Verfahren 198 f.
 - Kosten 204–205
- Erbstatut 278–280
- Erbvertrag 43 f.
- Errichtungsstatut 278–280
- Ertragswertanordnung 221 f.
- estoppel* 84–88, 149, 310

- EuErbVO
 - Anwendbarkeit im Schiedsverfahren 301–304, 313
 - Anwendbarkeit zur Bestimmung des Schiedsverfügungsstatuts 276–280
 - Zulässigkeit von Schiedsverfahren im Anwendungsbereich 266 f.
 - ex aequo et bono* 211 f., 216, 304
 - exceptio veluti pacti ex compromisso* 18
 - executor* 60
 - Exequatur *siehe* Vollstreckung
- faïres Verfahren 128
- Federal Arbitration Act* 72 f., 114
- Federal common law* 65
- federal question jurisdiction* 66
- Fehleridentität 189, 193
- Feststellungsklage 183, 187, 195, 197
- fiduciary* 60
- Florida 104 f.
- Foralrecht 252 f.
- Formstatut 287 f., 296 f.
- Formvorschriften 39 f., 193, 312
- Frankreich 261 f.
- freedom of disposition* 60, 80 f.
- freiwillige Gerichtsbarkeit *siehe* Nachlassgericht

- Geheimhaltungspflicht 7 f.
- Geltungsgrenzen
 - Begriff 2
 - *siehe auch* Schiedsbindung in sachlicher und persönlicher Hinsicht
- Geltungsgrund 119 f., 146–165
 - Begriff 2
 - Belastung der Zuwendung 159–165
 - Einverständnis der Nachlassbeteiligten 147–153
 - prozessuale Verfügungsbefugnis von Todes wegen 153–159
 - in den USA 114 f.
- Gerichtsaufbau (USA) 66 f.
- Gesetzgebungsgeschichte 32–36
 - gesetzlich statthafte Weise
 - Formwirksamkeit 50
 - funktionsloses Tatbestandsmerkmal 50 f.

- materielle Verfügungsbefugnis 50 f.
- gesetzlicher Richter 128–132
- Abgrenzung zur Justizgewährung 131 f.
- Eingriff 129–132
- Schutzbereich 128 f.
- Gewaltmonopol 122
- Gleichwertigkeit des Schiedsverfahrens 154, 156 f.
- greater donative freedom contract* 97–99
- Grundrechtskollision 145 f., 161
- Grundrechtsschutz durch Verfahren 135

- Hausverfassung 29 f.
- Hawaii 102 f.
- heir* 60, 102 f.
- Herausgabeanspruch des Nachlassverwalters 181
- heredis mentio* 19
- historisch-kritische Methode 13
- Höchstpersönlichkeitsprinzip 41
- Hohenzollerntestament 30

- inherent jurisdiction* (England) 263
- Insolvenzanfechtung 178 f.
- interested person* 106
- Italien 259–261

- Justizgewährungsanspruch 121–128, 148, 158 f.
- Eingriff aufgrund Schiedsverfügung 123–128
- Schutzbereich 122

- Kodifikationsgeschichte 36–36
- Kompetenz-Kompetenz 189–191, 193, 203
- Korintherbrief 19
- Kreittmayr, Wiguläus Xaverius Aloysius v.* 25, 28

- Law Commission* 264 f.
- Lebenspartnerschaft (gemeinschaftliches Testament) 41 f.
- Letztentscheidungsbefugnis 189–191
- letztwillige Schiedsverfügung *siehe* Schiedsverfügung

- Mediation 37, 110
- Missouri 108

- Mittellosigkeit einer Partei 126 f.
- motion to compel arbitration* 74
- Musterklausel 4
- mutual penal bonds* 61

- Nachlasserbenschulden 175 f.
- Nachlassgericht 199 f., 203–205; 235–237
- Nachlassgläubiger 175 f.
- Nachlassinsolvenzverwalter 178–180
- Nachlasspfleger 177
- Nachlassschuldner 175 f.
- Nachlassverwalter 180–182
- Nachlassverzeichnis 218 f.
- Nachteile des Schiedsverfahrens 5–11, 311
- Neumayr, Max von* 34 f., 46
- New Hampshire 107 f.
- New Yorker UN-Übereinkommen (UNÜ) 271–276
- Nichtigkeit *siehe* Unwirksamkeit
- Nichtöffentlichkeit des Verfahrens 6 f., 139 f., 144
- numerus clausus* letztwilliger Verfügungen 49

- objektive Schiedsfähigkeit *siehe* Schiedsfähigkeit, objektive
- Öffentlichkeit des Verfahrens 6 f., 139 f., 144
- Offshore-Jurisdiktionen 263
- order to compel arbitration* 74
- ordre public* 215, 231 f., 298–300, 306
- Österreich 247–251

- pactum nudum* 18
- Partikularrechte 44–46
- Pellegrini, Marco Antonio* 23 f.
- penal bonds* 61
- Peregrinus* *siehe* *Pellegrini*
- personal representative* 60
- Persönlichkeitsrecht, postmortales 143–145
- Perusinus* *siehe* *Alfani*
- Pflichtteil *siehe auch* Zusatzpflichtteil
 - als Ausdruck der Familiensolidarität 135
 - Auskunftsanspruch 218–220
 - Beschränkung in guter Absicht 221–223
 - Entziehung 221–223

- Ertragswertanordnung 221–223
- als gesetzlicher Anspruch 174
- neben einem Vermächtnis 220
- optionale Zuständigkeit des Schiedsgerichts 238 f.
- in Österreich 248–251
- Schiedsbindung 154 f., 174 f., 218–224, 291
- in der Schweiz 257 f.
- verfassungsrechtliche Garantie 134–136, 159
- Pflichtteilergänzungsanspruch 221
- Pflichtteilslast 223–224
- postmortales Persönlichkeitsrecht 143–145
- pour-over will* 109, 111 f.
- praktische Konkordanz 146, 242
- probate court* 68
- probate exception* 66 f.
- probate matters* 75 f.
- probate procedure* 70 f.
- Prozesskostenhilfe 126 f., 176 f., 227
- prozessuale Verfügungsbefugnis von Todes wegen 153–159

- Recht auf den gesetzlichen Richter *siehe* gesetzlicher Richter
- Recht auf ein faires Verfahren 128
- Recht auf rechtliches Gehör *siehe* rechtliches Gehör
- rechtliches Gehör
 - als Teil des *ordre public* 133
 - Recht auf 132–134
- Rechtsnachfolge in Schiedsvereinbarung *siehe auch heredis mentio* 43, 176, 260
- Rechtsprechungsmonopol des Staates 54 f.
- Rechtssicherheit 100 f.
- Rechtsvergleichung (Funktion) 13 f., 274 f.
- Rechtswahl 280, 300 f.
- Reichshofrat 26–29
- Reichskammergericht 26–29
- Reichskammergerichtsordnung (1495) 26–29
- Reichszivilprozessordnung 35
- Restatement* 65, 93
- Revised Uniform Arbitration Act* 72, 114

- Schiedsbindung
 - Abgrenzung zur Schiedsfähigkeit 53–55, 156
 - Beachtung von Amts wegen 51–53, 312
 - Begriff 12 f.
 - in Bezug auf einen Streitgegenstand 183 f.
 - in persönlicher Hinsicht 12, 112, 115 f., 168–182, 194–197, 297 f., 312
 - in sachlicher Hinsicht 12 f., 112 f., 116–118, 297 f., 312
- Schiedseinrede 51–53, 124 f., 312
- Schiedsfähigkeit *siehe auch subject matter arbitrability*
 - Abgrenzung zur Schiedsbindung 53–55, 156
 - objektive 53–55, 284 f., 298, 312
 - von *probate matters* 75 f.
 - von Streitigkeiten um die Haftung des Trustees 76 f.
 - subjektive 53 f., 285–287, 296 f.
- Schiedsgutachten 37 f., 212–216
 - Abgrenzung zum Schiedsverfahren 16 f., 37 f.
 - Schiedsverfügung als Schiedsgutachten 48 f., 311 f.
- Schiedsort 288–292, 303
- Schiedsrichter
 - Ablehnung 128
 - Auswahl 9 f.
 - Sachkunde 9 f.
 - als Schiedsgutachter 212–216
 - Unabhängigkeit 9 f.
- Schiedsverfahren
 - Abgrenzung zum Schiedsgutachten 16 f., 37 f.
 - Abgrenzung zur Mediation 37 f.
 - Kosten 10 f.
 - Schnelligkeit 9
- Schiedsverfahrensrechtsreform 1998 35 f., 295
- Schiedsverfügung
 - Abgrenzung zur Schiedsvereinbarung 42–44
 - Aufhebung durch die Parteien 52 f.
 - Begriff 11 f.
 - als Belastung der Zuwendung 159–166

- als Beschränkung und Beschwerde 224–228
- als Eingriff in den Justizgewährungsanspruch 123–128
- einseitige (USA) 60
- als Verfügung *sui generis* 49, 312
- Schiedsverfügungsstatut
 - Begriff 267
 - Bestimmung 271–284, 311, 313
 - Reichweite 267–271, 313
- Schlichtungs- und Schiedsgerichtshof
 - Deutscher Notare 4
- Schweigepflicht 7 f.
- Schweiz 254–259
- Selbsthilfeverbot 122
- settlor* 60
- severability* 117 f.
- SGH *siehe* Schlichtungs- und Schiedsgerichtshof Deutscher Notare
- Sitz des Schiedsgerichts 288–292, 303
- South Dakota 109
- Sozialstaatsprinzip 126
- Spanien 251–254
- State common law* 65
- statutarisches Schiedsgericht 37
- stay of proceedings* 74
- Stellvertretung 41
- Stillschweigende Schiedsvereinbarung
 - 23 f., 147–153
- stipulatio poenae* 18
- Strafklausel *siehe* Verwirkungsklausel
- Streichung von § 1066 ZPO 56, 141 f.
- Streitgegenstand 182 f.
- subject matter arbitrability* 74–78

- Teilungsplan 209 f., 213, 228
- Teilunwirksamkeit (§ 2085 BGB) 191–193
- Testamentsvollstrecker
 - Annahme des Amts 151, 173
 - Befugnis zur authentischen Interpretation 31 f., 57, 309
 - Entlassung 232–237, 312
 - Haftung 230–232
 - Schiedsbindung in persönlicher Hinsicht 172–174
 - Vergütung 173, 229 f.
 - als Vorläufer von Schiedsrichtern 30–32, 251 f., 309
- Testamentsvollstreckerzeugnis 237
- Testamentsvollstreckung
 - Schiedsbindung in sachlicher Hinsicht 228–237
 - als Vorläufer des Schiedsverfahrens 30–32, 251 f., 309
- testator* 60
- Testierfähigkeit 41, 193
- Testierfreiheit 140–143
- Texas 85–91
- Trennungsprinzip 188 f.
- trust deed* 96
- Trust
 - als Ausprägung der *equity* 263
 - Grundstruktur 68–70
 - als Vertrag zugunsten Dritter 93–96
- Truststatut 280–284, 304 f.

- Umdeutung (§ 140 BGB) 42
- UNCITRAL-Modellgesetz 36, 290
- unclean hands* 92 f.
- Undurchführbarkeit der Schiedsverfügung
 - 126 f.
- Uniform Arbitration Act* 72, 114
- Uniform Law Commission* 65 f.
- Uniform Probate Code* 66
- Uniform Trust Code* 66
- UNÜ 271–276
- Unwirksamkeit
 - einer letztwilligen Verfügung 112 f., 116–118, 186–206
 - einer Schiedsvereinbarung 188 f.
 - eines Trusts 89, 112 f., 116–118

- venire contra factum proprium* 152 f.
- Vergleichsbereitschaft 8 f.
- Vergleichsfähigkeit 153 f.
- Verlassenschaftsgericht (Österreich)
 - 250 f.
- Vermächtnis 171, 217 f.
- Vermächtnisnehmer 171
- Vertrag zugunsten Dritter
 - Schiedsbindung 92 f., 164 f.
 - Trust und Testament als Vertrag zugunsten Dritter 91–99
- Vertraulichkeit 5–8
- Verwaltung des Nachlasses 206–208
- Verwirkungsklausel 239–241
- Vollstreckung

- anwendbares Recht 294–296
- Überprüfung des Schiedsspruchs 296–300
- Zuständigkeit 293
- Voraus 171
- Vorteile des Schiedsverfahrens 5–11, 311
- Washington, George* 60 f.
- wechselbezügliche Verfügung 42
- will contest* 79, 97, 112, 193
- Zusatzpflichtteil 220
- zwingendes Recht 231, 234 f.